PROTOKOLL

über die 8. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 16. September 2004, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal, Hr. Christian Aichmayr

ENTSCHULDIGT: GR Gerald Hackl, GR Engelbert Lengauer

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) En-24/04 Grünmarkt 26 – Innerbergerstadel, Grünmarkt 27 – Neutor; Anstrahlung.

2) Präs-446/04 Tele plus; TV-Mediaproduktion; Ansuchen um finanzielle Unterstützung für eine DVD-Produktion über die Stadt Steyr.

3) Bau6-5381/87 Pumpwerk Forelle; Wasserrohrbruch u. Reparatur der Abwasserpumpen.

4) GHJ2-72/04 Möblierung Büro Stadträtin Weixlberger.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

1) Fin-273/01 Energietechnik Bogner GmbH. und Mensch und Maschine Technik GmbH; Wolfernstraße 20 b, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

2) Fin-159/02 Projekt „Steyr 2010“; Detailbearbeitung der strategischen Handlungsfelder Gesundheitsmanagement und Logistik; Förderung.

3) Agrar-87/02 Verordnung gem. § 11 Abs. 3 des OÖ. Straßengesetzes 1991 i.d.g.F.; Auflassung einer Straßenparzelle; Flurbereinigung Dietachdorf II.

4) Präs-547/04 Antrag der SP-Gemeinderatsfraktion betr. Resolution zur Erstellung eines Konzeptes, wie der drohende Verkauf von Post AG, Postbus AG und Telekom AG und der damit verbundene infrastrukturelle Schaden für OÖ. und seine Bevölkerung verhindert werden kann.

5) Präs-528/02 Nachtrag zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes betreffend die Stadt Steyr, Verwaltungsjahr 2003.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

6) K-51/04 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2004.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

7) Fin-108/03 ASV Bewegung Steyr; Ansuchen um Gewährung einer a.o. Subvention für die Überdachung der Asphaltbahnen in der Hubergutstraße.

8) Umw-16/04 Mülldeponie der Stadt Steyr; Detailprojektierung Oberflächenabdichtung; Deponiestraße (Bermenstraße); Deponieentgasung – Weiterführung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

9) BauStr-2/04 Asphaltierungsprogramm 2004; Vergabe der Arbeiten.

10) BauStr-4/04 Straßenbauten 2004 für nachstehend angeführte Bauvorhaben:
1. Sanierung Schlühslmayrstraße (Aschacher Straße – Sandbauernstraße)
2. Sanierung Wehrgrabengasse (Wiesenberg – Direktionsstraße)
3. Sanierung Damberggasse (Bahnhofstraße – Johannesgasse)
4. Straßenneubau APM

11) BauStr-11/04 Wehrgraben – Geländererneuerung zufolge Hochwasserschaden 2002.

12) BauH-163/04 Oberer Schiffweg, Dorngründe; Weg- und Hangsicherung.

13) Wa-4/01 Rückhaltebecken Dorningerbach im Bereich der Goldhanstrasse; Auszahlung der Entschädigungen für die Grundinanspruchnahme.

14) BauH-127/03 Hochhausstiege; Instandsetzung, 2. Bauabschnitt.

15) En-11/04 Ankauf eines neuen Leiterwagens für die Dienststelle städt. Elektriker.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

16) VerkR-7536/83 Verkehrslichtsignal- und Blinklichtanlagen im Bereich der Stadt Steyr; Aufteilung der Betriebs- und Erhaltungskosten gem. § 32/1 StVO 1960 – Jahresabrechnung 2003.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen und feststellen, dass sie ordnungsgemäß einberufen wurde. Protokollprüfer ist heute GR Karl Baumgartner und GR DI Christian Altmann. Entschuldigt sind GR Gerald Hackl und GR Engelbert Lengauer. GR Stephan Keiler wird etwas später kommen. Anfragen habe ich heute keine zu Verlesen. Ich komme damit gleich zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Beginn der Hallenbad-Saison

Das städtische Hallenbad an der Haratzmüllerstraße ist seit Sonntag, 12. September, wieder geöffnet.

Die Öffnungszeiten im Hallenbad (Di - Sa von 9.30 bis 21 Uhr, So 8 - 19 Uhr) bleiben unverändert, neu ist der Pächter des Buffets, der künftig für das leibliche Wohl der Badegäste sorgen wird.

Mit Beginn der Hallenbad-Saison wird auch die städtische Sauna wieder auf den Winter-Betrieb umgestellt. Die Sauna ist täglich geöffnet.

Harvard-Professor von den Wissenschaftstagen beeindruckt

Stark beeindruck von den Wissenschaftstagen 2004 in Steyr zeigte sich der wissenschaftliche Leiter dieser Veranstaltung, Professor George Baker von der Harvard Business School. Baker hob in seiner Abschluss-Rede die Bedeutung der Europäischen Wissenschaftstage hervor und bedankte sich für die hervorragende Gastfreundschaft der Stadt Steyr. Durch die Wissenschaftstage bietet sich die einmalige Gelegenheit, die besten Wissenschafts-Nachwuchskräfte der Welt mit international führenden Universitäten in Kontakt zu bringen und damit beachtliche Netzwerke aufbauen zu können, die mittel- und langfristig für die Stadt Steyr, das Land Oberösterreich, aber auch für den Wirtschaftsstandort Österreich von unbezahlbarer Bedeutung sind.

Begeisterte Studenten, sehr zufriedene Professoren, ein gelungener Workshop mit führenden österreichischen Unternehmen und eine Stadt, die stolz ist auf dieses internationale Herzeige-Projekt, ist die Bilanz dieser Wissenschaftstage.

Die 6. Europäischen Wissenschaftstage fanden heuer vom 10. bis 15. Juli in Steyr statt. Bedeutende europäische Medien wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung oder die Neue Zürcher Zeitung berichteten wiederholt über die diskutierten Themen und dokumentieren damit die weit über die Grenzen hinausgehende Bedeutung für Steyr.

Zum Thema Umbau T-Knoten und B 309

Die Straßenverwaltung des Landes Oberösterreich teilte vor kurzem mit, dass im September, eigentlich sollte das schon mit Beginn September so weit gewesen sein, dieses Jahres begonnen wird, den gefährlichen T-Knoten Dornach zu einem Kreisverkehr umzubauen. Das ist auch der Start für den Bau der Umfahrung Dietachdorf.

Die Arbeiten werden insgesamt voraussichtlich bis Oktober 2006 dauern. Während der Bauzeit müssen die Verkehrsteilnehmer mit Behinderungen im Baustellenbereich rechnen.

Die Stadt Steyr hat sich schon im März des heurigen Jahres verpflichtet, dem Land Oberösterreich für den Umbau des T-Knotens Dornach zu einem vierarmigen Kreisverkehr die notwendigen Grundstücke zu überlassen und einen Baukostenanteil von 283.000 Euro zu übernehmen. Die Grundstücke kosten die Stadt etwa 41.800 Euro. Also zu den 283.000,-- Euro da warte ich auch immer noch auf eine Meldung vom Land OÖ. und vom LR Hiesl. Herr Mayrhofer, da hätte ich sie einmal gebeten, dass sie noch einmal aktiv werden.

Fußgeher-Übergang Zieglergasse: Bauarbeiten dauern länger

Bei der Sanierung des Fußgeher-Überganges Zieglergasse sind unvorhersehbare Schäden am Tragwerks-Beton aufgetreten. Der Fertigstellungstermin, der zu Schulbeginn geplant gewesen wäre, verzögert sich deshalb um ca. drei Wochen. Die Umleitung für die Fußgänger wird ausgeschildert oder ist schon ausgeschildert worden und wird auch noch verbessert ausgeschildert. Die Schulen sind entsprechend informiert worden und es wird auch die Presse noch einmal entsprechend informiert, nachdem es heute doch das eine oder andere Problem gegeben hat.
Gibt es dazu Fragen? Ich habe den Herrn Baudirektor gebeten, dass er für Fragen zur Verfügung steht. Alles klar? Gut.

Neuer Service für Bus-Kunden: Info- und Verkaufs-Kiosk am Busbahnhof

Seit 1. September ist am Steyrer Busbahnhof ein Informations- und Verkaufskiosk eingerichtet. Den

StadtBus-Kunden werden hier alle wichtigen Serviceleistungen geboten, die es bisher nur in den Stadtbetrieben an der Ennser Straße gegeben hat. Beim neuen Kiosk erhält man: Fahrplan- und Fahrpreis-Auskünfte zum StadtBus und zum OÖVV, Schüler- und Lehrlingsfreifahrtausweise und natürlich Fahrkarten. Lediglich die Fahrkartenausweise mit Lichtbild können aufgrund der technischen Möglichkeiten auch zukünftig nur bei den Stadtbetrieben bezogen werden.

Die neue Service-Einrichtung am Busbahnhof ist im September Mo - Fr von 7 bis 11.45 sowie von 12.30 bis 15.45 Uhr geöffnet. Ab Oktober steht die zuständige Mitarbeiterin Petra Fösleitner dann montags bis freitags zwischen 7 und 11.45 Uhr für die Anliegen der Fahrgäste zur Verfügung, telefonisch erreichen kann man sie unter der Steyrer Telefonnummer 899-226.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im August 2004 betrug 5,1 % und ist im Vergleich zum Vormonat gleich geblieben. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,5 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im August 2004 2.093 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 1,4 % (d. s. 30 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 8,8 % (d.s. 203 Personen).

Im August 2004 sind 444 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 17 Stellen weniger und gegenüber dem Vorjahr um 94 Stellen mehr.

Ich komme zu Punkt 4) und bitte um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates und bin dann bereits bei Punkt 5), Verhandlungsgegenstände. Für die Verhandlungsgegenstände gebe ich den Vorsitz an meine Kollegin Vzbgm. Friedericke Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Mir liegt ein dringlicher Antrag vor. Bei diesem Antrag geht es um den sogenannten Kebabstand auf der Ennsleite und wir werden zuerst über die Dringlichkeit dieses Antrages abstimmen lassen. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wer für die Dringlichkeit ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 3 (FPÖ). Wer übt Stimmenthaltung? 1 (ÖVP – GR Braunsberger-Lechner). Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich möchte nur darauf hinweisen, dass bei diesem dringlichen Antrag die Zuständigkeit beim Stadtsenat liegt. Ich möchte nur jetzt darauf hinweisen. Die Behandlung wird so wie üblich am Ende der Tagesordnung vorgenommen.

Ich komme damit zu meinem ersten Antrag und zwar geht es dabei um eine Gewerbeförderung, Energietechnik Bogner GmbH und Mensch und Technik GmbH, Wolfernstraße 20 b. Diese Firma ist ja im ehemaligen Musika-Gebäude untergebracht. Die Investitionskosten dieser Firma betrugen ca. 1,5 Mio. Euro. Von unserer Finanzabteilung wurde dieser Antrag geprüft und wir sind zur Überzeugung gekommen, dass dieser Firma eine Gewerbeförderung in der Höhe von 47.244,-- Euro, verteilt auf 5 Jahre, zugesprochen werden sollte. Ich bitte diesem Antrag zuzustimmen.

1) Fin-273/01 Energietechnik Bogner GmbH und Mensch und Maschine Technik GmbH; Wolfernstraße 20 b, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 24. August 2004, wird den Firmen Mensch und Technik GmbH und Energietechnik Bogner GmbH, Wolfernstraße 20 b, 4400 Steyr, für die im Zuge der Generalsanierung des ehemaligen Musika-Gebäudes (nunmehr Nordpool) und der damit verbundenen Übersiedlung der Energietechnik Bogner GmbH, getätigten Investitionen in der Höhe von ca. € 1.477.246,-- (exkl. MWSt.), zu dem 20-jährigen Darlehen bei der Raika Haidershofen in der Höhe von € 1.064.659,--, ein 1%-iger Zuschuss auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet

eine Gewerbeförderung in der Höhe von insgesamt ca. € 47.244,--, verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck wird bei VASt 5/782000/755000 ein Betrag in der Höhe von € 20.400,-- für das Rechnungsjahr 2004 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Beim nächsten Antrag geht es um das Projekt „Steyr 2010“. Detailbearbeitung der strategischen Handlungsfelder Gesundheitsmanagement und Logistik. Wie viele von euch ja wissen, weil sie ja selbst dabei waren, hat es ja im vorigen Jahr das Projekt „Steyr 2010“ gegeben, wo über die Bereiche automotiver Bereich, Bereich Logistik, Bereich Gesundheitsmanagement und Bereich Öko-Energie ausführlich diskutiert wurde. Zu den beiden Feldern Gesundheitsmanagement und Logistik gibt es bereits sehr detaillierte Vorgangsweisen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es sich bei diesem Antrag um sehr wichtige Weichenstellungen auch für die Zukunft der Stadt Steyr, was die Beschäftigung in unserer Stadt betrifft, handelt. D. h., wir haben Potentiale speziell am Logistiksektor für männliche Mitarbeiter, am Gesundheitssektor für weibliche Mitarbeiter, wo wir diese Potentiale heben wollen, wo wir für Arbeit für diese Leute und diese Arbeitslosen in diesem Bereich sorgen wollen. Diese beiden Competence Center die gebildet werden schauen aus unserer Sicht auch sehr hoffnungsvoll aus. Ich bitte um Unterstützung bei diesem Antrag. Wir werden jeweils 25.000,-- Euro für diese beiden Projekte auszahlen. Heuer eine davon in der Höhe von diesen 25.000,-- Euro. Ich bitte diesem Antrag zuzustimmen.

2) Fin-159/02 Projekt „Steyr 2010“; Detailbearbeitung der strategischen Handlungsfelder Gesundheitsmanagement und Logistik; Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 1. September 2004, wird für die Projekte „Competence Center Gesundheit Steyr“ und „Logistik“ eine Förderung in der Höhe von jeweils € 25.000,--, verteilt auf die Jahre 2004 und 2005, gewährt.

Zu diesem Zweck werden bei VASt 5/782000/775010 Mittel in der Höhe von € 25.000,-- für das Rechnungsjahr 2004 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Altmann bitte.

GEMEINDERAT DI CHRISTIAN ALTMANN:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Vizebürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kollegen des Steyrer Gemeinderates. Der vorliegende Antrag beschäftigt sich mit der Förderung zweier strategischer Handlungsfelder im Zuge des Projektes „Steyr 2010“. Erlauben sie mir einige Ausführungen zur Darlegung der unterschiedlichen Tätigkeiten im Zuge des Handlungsfeldes Logistik und die Definition des Nutzens auch für die Region Steyr die sich daraus ergibt.
1. Nicht zuletzt im Zuge dieses Programms „Steyr 2010“ ist es uns gelungen Logistik als Begriff und Steyr damit in das strategische Programm Oberösterreich 2010 hineinzubringen, das in der Zukunft hoffentlich erlaubt, dass sich Steyr als das Kompetenz-Zentrum für Logistik in Oberösterreich und auch weit über diese Landesgrenzen hinaus etablieren kann.
2. Die Koordination des Programms regionales Innovations-System und hier das Maßnahmenpaket Logistik. Diese Koordination erlaubt unter anderem die Abhaltung von Fachveranstaltungen und Symposien zum Thema Logistik, wo z. B. seit Anfang des Jahres 2004 mehr als 450 Top-Entscheidungsträger aus dem Logistikbereich nach Steyr gekommen sind.

Nicht zuletzt, und das ist schon der dritte Nutzen, im Zuge dieser Veranstaltungen werden eben diese jene Kontakte geknüpft, die es erlauben Betriebsansiedlungsprojekte in Steyr zu initiieren. Es ist uns in Gesprächen konkret mit der Firma Linde-Fördertechnik und Industrielogistik, also diese Gespräche haben dazu geführt, dass im ersten Schritt einige Arbeitsplätze hier in der Region geschaffen werden können.

Ich bitte sie daher aus diesen Gründen um eine Zustimmung zu diesem Antrag. Herzlichen Dank. Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, ich bedanke mich beim GR DI Altmann für seine Ergänzungen. Es ist wirklich eine sehr gute Sache, wenn in Steyr Arbeitsplätze lukriert werden können. Speziell am Dienstleistungssektor gibt es Potentiale die hier in Steyr noch schlummern. Es ist natürlich auch immer wieder notwendig hier Impulse zu setzen. Die Firma ILL, habe ich mir vor kurzem erst einmal angesehen, die hat großzügigst ausgebaut und es sind dort schon einmal einige Arbeitsplätze entstanden. Also ich schätze einmal in der Größenordnung nicht wenig sondern 100 Arbeitsplätze und mehr. Steyr ist auch das Zentrum der Logistik für OÖ. Prof. Staberhofer ist es gelungen hier wesentliche Impulse zu setzen. Ich hoffe, dass uns Ähnliches auch in der Gesundheit gelingt, weil wir ja in Steyr speziell bei der Frauenarbeitslosigkeit größere Probleme haben und diese Probleme vielleicht zumindest teilweise damit eliminieren könnten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu meinem 3. Antrag. Dabei geht es um die Auflassung einer Straßenparzelle Flurbereinigung Dietachdorf II. Seitens der Agrarbezirksbehörde für OÖ wurde die Stadt ersucht, im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens Dietachdorf II entbehrlich gewordene Straßenteile zu eliminieren. Ich bitte auch diesem Antrag zuzustimmen. Es ist eigentlich eine Bereinigung, keine große Sache aber eine notwendige Maßnahme.

3) Agrar-87/02 Verordnung gem. § 11 Abs. 3 des OÖ Straßengesetzes 1991 i.d.g.F.; Auflassung einer Straßenparzelle; Flurbereinigung Dietachdorf II.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 19. Juli 2004 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, betreffend die Auflassung einer Straßenparzelle im Zuge der Flurbereinigung Dietachdorf II der Stadt Steyr genehmigt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

GR Stephan Keiler kommt um 14.35 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um eine Resolution.

4) Präs-547/04 Antrag der SP-Gemeinderatsfraktion betr. Resolution zur Erstellung eines Konzeptes, wie der drohende Verkauf von Post AG, Postbus AG und Telekom AG und der damit verbundenen infrastrukturelle Schaden für OÖ und seine Bevölkerung verhindert werden kann.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge nachfolgende

RESOLUTION

an alle Mitglieder der OÖ Landesregierung
an die Landtagsklubs (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne)
an den OÖ Gemeindebund und
an den OÖ Städtebund

beschließen:

Die derzeitige Versorgungssicherheit durch Post AG, Postbus AG und Telekom AG in den Infrastrukturbereichen Zustelldienste, öffentlicher Personen-Nahverkehr und Telekommunikation ist vorbildlich und ein wesentlicher Standfaktor Oberösterreichs in punkto Lebensqualität und Wirtschaft.

Weil trotz hervorragender Wirtschaftsdaten (z. B. bei der Telekom AG Gewinn nach Steuern und Schuldenrückzahlungen € 130 Millionen im Jahr 2003) die Bundesregierung daran arbeitet, die Staatsanteile dieser drei heimischen Vorzeigeunternehmen an private Interessentengruppen zu verkaufen, drohen dem Staat wertvolle Gewinneinnahmen als Zuschüsse zu den Budgets der kommenden Jahre zu entgehen.

Private Investoren, die diese Infrastrukturunternehmen aufkaufen, haben naturgemäß ein primäres Interesse an Gewinnmaximierung und werden daher Rationalisierungen und Leistungskürzungen durchführen, die z. B. im Bereich des Postbusses zur Erstellung von unprofitablen Nebenkosten führen werden. Zusätzlich ist eine regionale Monopolisierung durch einzelne Betreiber zu befürchten, welche die profitablen Postbuslinien aufkaufen und dadurch in der jeweiligen Region eine marktbeherrschende Stellung innehaben werden.
Sowohl im Bereich der Zustelldienste als auch der Telekommunikation ist durch den Ausverkauf an ausländische Investoren mit einer Verschlechterung der Versorgungssicherheit und Betriebssicherheit zu rechnen. Auch Aufgaben der nationalen Sicherheit wie Notfalltelefonleistungen werden derzeit von der Telekom AG betreut. Durch den geplanten Ausverkauf würde dieser Bestandteil der nationalen Sicherheit in ausländische Investorenhände gelegt.

Um diesen negativen Auswirkungen für Oberösterreich entgegen zu wirken, müssen Wege gefunden werden, den Ausverkauf von Post AG, Postbus AG und Telekom AG zu verhindern. Dadurch können oberösterreichische Arbeitsplätze gesichert, die Lebensqualität erhalten und der Wirtschaftsstandort Oberösterreich gestärkt werden.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert daher die OÖ Landesregierung auf, ein Konzept zu erstellen, wie der drohende Ausverkauf von Post AG, Postbus AG und Telekom AG und der damit verbundene infrastrukturelle Schaden für Oberösterreich und seine Bevölkerung insgesamt und insbesondere für die dezentralen Regionen verhindert werden kann.

Ich bitte dieser Resolution zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Apfelthaler. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, momentan wir die OÖ Landesregierung überschwemmt von diesem Antrag der quasi aus ca. mittlerweile glaube ich schon die 30 Gemeinden wie Ottnang, Ampfelwang, Gschwandt, Ort im Innkreis ect. ect. kommt. Und die bekommen alle die gleiche Antwort zurück, dass sich selbstverständlich die OÖ Landesregierung dafür einsetzt, nur dass sie als Adressant einer Resolution eigentlich nicht die geeignete Adresse sind. Ich stelle daher den Abänderungsantrag, der da lautet:

Resolution

Die OÖ Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass künftig bei strukturellen und/oder gesellschaftsrechtlichen Änderungen der Post AG, Postbus AG und Telekom AG eine infrastrukturelle Verschlechterung, weder für das Land Oberösterreich und seine Bevölkerung noch für die dezentralen Regionen des Bundeslandes, entstehen.

Begründung:

Die Versorgung des Landes OÖ, seiner Regionen sowie seiner Bevölkerung durch Post AG, Postbus AG und Telekom AG in den Bereichen Zustelldienste, öffentlicher Nahverkehr sowie Telekommunikation ist ein wichtiger Faktor für die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich und stellt einen Eckpfeiler der Lebensqualität im ländlichen Raum dar.

Die unterzeichneten Abgeordneten treten daher dafür ein, dass die geplanten Strukturreformen nur

unter Berücksichtigung folgender Punkte erfolgen:

· Erhaltung der flächendeckenden Versorgung mit Post-, Bus- und Telekomdiensten
· Stärkung der Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb
· Absicherung der Arbeitsplätze
· Standortgarantien für die jeweiligen Unternehmenszentralen in Österreich
· Erarbeitung von Entwicklungs- und Investitionskonzepten durch Post AG, Postbus AG und Telekom AG, die verpflichtender Bestandteil der Angebotslegung im Privatisierungsverfahren sind
· Entwicklung von Mitarbeiter-Beteiligungsmodellen

Ziel ist es, in der infrastrukturellen Nahversorgung wirtschaftlich effiziente Strukturen zu schaffen, die eine flächendeckende Versorgung mit den von den Unternehmen erbrachten Dienstleistungen gewährleisten und der Bevölkerung ein attraktives Service- und Dienstleistungsangebot zu bestmöglichen Konditionen und Tarifen zur Verfügung stellt.

Also ich denke mir, die OÖ Landesregierung ist einfach auch, nachdem es Bundeszuständigkeit ist, nicht der geeignete Adressant dafür. Sie könnte zwar, das mag schon sein, ein Konzept erstellen, aber was tun wir mit diesem Konzept. Eigentlich ist es die Aufgabe der Bundesregierung und der untergeordneten Organisationen für diese Sicherheit zu sorgen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Werden wir da wieder einmal ein bisschen missbraucht? Ich glaube, wir haben uns eigentlich schon einmal geeinigt gehabt, dass wir Resolutionen nur dann machen sollten, wenn es uns wirklich direkt betrifft. Ich vermisse diese direkte Betroffenheit oder habe sie in der Vergangenheit vermisst, wenn es z. B. darum gegangen ist, dass die Anschlüsse an den Zentralraum nämlich wirklich nicht mehr den Anforderungen entsprechen. Das ist die letzten Jahre ständig so dahin gegangen und da haben wir keine Aufschreie gehört, auch nicht von der SP-Fraktion, oder auf jeden Fall nicht so massiv wie es jetzt der Fall ist. Das Ganze schaut schon sehr nach einem politischem Geplänkel aus, vor allem dann, wenn allgemein bekannt ist, dass am 24. Juni 2004 ja schon im Landtag der Ausschuss beschlossen hat einen Antrag an das Land OÖ zu stellen mit genau denselben Punkten die der Kollege Apfelthaler schon gebracht hat. Der ist auch durchgegangen. D. h., was das jetzt soll, zwei Monate später, drei Monate später zum selben Thema im Prinzip mit demselben Inhalt, ich glaube da missbrauchen wir wirklich den Steyrer Gemeinderat und wir haben glaube ich wichtigere Dinge nämlich, die die heutige Tagesordnung betreffen. Aber ich glaube wo wir uns wirklich einbringen sollten, ist nicht so eine pauschale Geschichte an den Bund eigentlich, sondern wir sollten schauen, dass unsere Verbindungen weitergehen in den Zentralraum oder auch in die zwei Täler, in das Ennstal und Steyrtal, die jetzt schon nicht funktionieren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Darum ist es ja auch wichtig.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Da, in dieser Geschichte, ist der Zug schon abgefahren. In der Vergangenheit hätten wir reden müssen, dort, wie z. B. der zuständige Minister auch ein Sozialdemokrat war.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber sie verkaufen es erst jetzt. Er hätte es ja nicht verkauft.
Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Der Kollege Mayrhofer hat mir ja schon ein bisschen was vorweg genommen, was die Begründung unserer ablehnenden Haltung ist. Auch der Kollege Apfelthaler hat ja sehr deutlich darauf hingewiesen, dass es offensichtlich eine SPÖ-Pflichtübung ist die landauf, landab in den Gemeinden vorgetragen wird. Aber ich möchte doch, und das noch im Anhang dazu, erwähnen, dass es sich ja tatsächlich um eine Bundesangelegenheit handelt und wir an sich ja, wie der Herr Mayrhofer darauf hingewiesen hat, eine Vereinbarung getroffen haben, auf die ich mich auch noch gut erinnern kann, dass man derartige Pflichtübungen, der Herr Mayrhofer spricht von Gemeinderatsmissbrauch, unterlässt. Aber ich möchte doch auch die

Gelegenheit wahrnehmen um ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, es gab und gibt ja, vor allen Dingen auch in jüngster Vergangenheit, Beweise dafür, dass Unternehmungen, wenn sie sich vom staatlichen Einfluss und damit von parteipolitischen Beeinflussungen lösen konnten, wirtschaftlich, und das in Kürze, wesentlich besser dastehen und damit zur Arbeitsplatzerhaltung und Standortsicherung in Österreich beigetragen haben. Das ist die eine Seite. Es gibt aber zweifelsohne auch Bereiche, die zur Grundversorgung der Bevölkerung gehören. Ich nenne ein Beispiel; das ist die Wasserversorgung, die zweifellos im Bereich der öffentlichen Hand verbleiben soll. Das ist eine grundsätzliche Erläuterung der Freiheitlichen und die werden wir auch weiterhin vertreten. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn um einige Bereiche hier, diese Resolution anzusprechen, davon gesprochen wird, dass die Gefahr besteht, dass im Bereich des Postbusses es zu Einstellungen von unrentablen Nebenstrecken kommt, dann darf ich schon in Erinnerung rufen, dass vor Jahren bereits die Bahn unrentable Nebenstellen sehr stark reduziert hat wenn nicht sogar eingestellt hat, dass sie Fahrplankürzungen udglm. durchgeführt hat. Wie schaut es denn mit dem öffentlichen Verkehr, und da spreche ich auch die Finanzierung an, hier vor Ort in Steyr aus? Unser wirklich sehr gutes Verkehrsangebot, dass wir unseren Bürgern bieten, wird zum Teil vom Bund durch das zuständige Ministerium im Zusammenhang der Schülerfreifahrten in der Größenordnung von etwa 500.000,-- Euro jährlich subventioniert. Wir bekommen vom Land für den Ankauf von neuen Bussen ebenfalls Zuschüsse. Ich spreche jetzt bewusst nicht die Zuschüsse der Stadt an. Das reicht aber bei Weitem nicht aus um die Kosten, die durch dieses gute Angebot entstehen, abdecken zu können. Wir haben nach wie vor im Bereich dieses Verkehrsunternehmens so an die 24 Mio. Schilling, nach dem alten Geld, Abgang. Dieser Abgang, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann teilweise dadurch aufgefangen werden, dass wir einen Betriebeverbund haben und der Betriebeverbund, der mit dem Bereich Gas und Verkehr im Zusammenhang zu sehen ist, uns ermöglicht, dass wir Steuerersparnisse in den Verkehrsbetrieb als Kostenabdeckungsfaktor investieren. Und dass wir vor allen Dingen auch andere Teilbetriebe der Stadtwerke, die sehr positiv abschließen, ebenfalls zur Kassa bitten um den Verkehrsbetrieb zu finanzieren. Das ist an sich in Ordnung, da habe ich mich auch immer bekannt dazu und werde es auch in Zukunft tun. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch da wird es Änderungen geben. Im Zusammenhang der Gasliberalisierung wird es immer schwieriger werden diesen Kostenfaktor aufzufangen und auch da wird für die Stadt die Stunde der Wahrheit kommen, ob es weiterhin möglich ist, und auch der Rechnungshof weist ja darauf hin, dass Einsparungsmaßnahmen die wirklich zugkräftig sind nur dadurch erzielt werden können, dass wir entsprechende Linien, Einschränkungen durchführen werden. Ich hoffe, dass das nicht so bald ist, aber es war mir ein Anliegen auch darauf hinzuweisen.

Ich kann daher abschließend nur noch feststellen, dass es sich wirklich um eine Pflichtübung handelt. So sehen wir das auch vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion und wir werden den Zusatzantrag, den der Kollege Apfelthaler gestellt hat, und auch den Hauptantrag selbstverständlich ablehnen. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster ist der Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Natürlich ist es für uns eine Pflichtübung, aber das kann man Pflichtübung so nennen und Pflichtübung so nennen. Wie du es meinst, wie es dargestellt ist als Pflichtübung, dann sehen wir das natürlich ganz anders. Gerade mit deinen letzten Worten, Kollege Eichhübl, hast du es bestätigt, was wir damit meinen. Du hast gerade unseren öffentlichen Verkehr, unseren städtischen Verkehr gemeint, wo wir die Verluste, die wir haben, die wir mit Gas und Wasser abdecken. Wenn das nicht mehr möglich ist, wie werden wir den öffentlichen Verkehr in Zukunft finanzieren. Es wird Leistungseinschränkungen geben im drastischen Ausmaß. Das wird uns erwarten und das wird uns blühen. Sogar die konservativsten Kräfte, die die größten Befürworter die Privatisierung gewesen sind, sind heute schon zu dem Schluss gekommen, dass es nicht gerade ein intelligenter Schritt war, die Austria Tabakwerke zu verkaufen. Einen Betrieb zu privatisieren, an Engländer zu verkaufen die jetzt Jahr für Jahr Milliarden an Schillinge damit verdienen. Also, da kommen die größten Befürworter der Privatisierung zu dem Ergebnis, dass das nicht unbedingt das Gescheiteste war, was man gemacht hat. Wenn wir uns die Diskussion in den letzten Tagen vor Augen führen und die heutigen Meldungen über euren Finanzminister, jetzt muss ich das genauso zurückgeben, der hinten und vorne nicht zusammenknüpfen kann weil ihm überall das Geld fehlt, weil wir überall privatisieren, weil wir die Bereiche, ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wer? Der Herr Mayrhofer?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ihr sitzt ja in Wien beisammen. Er gehört zur Hälfte dem Kollegen Mayrhofer und zur Hälfte dir.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Teilen wir es so, dann hat jeder ein bisschen was davon. Er gehört euch gemeinsam.

Gerade die Debatte muss uns ja hellhörig machen, dass wir den Wahnsinn der Privatisierung, und gerade in Bereichen wo Geld zu verdienen ist, dass wir das verscherbeln und ausverkaufen und somit wertvolle Steuereinnahmen für Österreich verloren gehen. In ein paar Wochen wird uns das eh wieder einholen. In ein paar Wochen werden wir wissen, wieso das auch mit der Stadt Steyr zu tun hat, weil nämlich die Finanzmittel für die Stadt auch reduziert werden. Im Finanzausgleich, die Debatte brauche ich da ja nicht besonders erwähnen. Da sehen wir einmal was sich da abspielt. Wir reden hier auch von Bereichen wo Geld zu verdienen ist und das soll privatisiert werden und das andere muss auch ein Anliegen für uns sein als Kommunalpolitiker. Ich werde da sehr emotionell, weil wenn man nämlich sieht wo führt das hin. Es ist nämlich die Versorgung. Die Versorgung wo wir heute schon erleben, dass in vielen Bereichen wo die Post, wo die Bahn, und wir haben da herinnen eh die Debatte geführt. Ich kann mich noch erinnern, wo ihr alle aufgesprungen seid, auf die Debatte, dass über Steyr eine eigene Eisenbahnschiene gelegt werden soll. Meilenweit sind wir entfernt davon. Über das Semmeringtunnel diskutiert man jetzt wieder und der wird auch sehr stark infrage gestellt. Also, wir brauchen da auch eine Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Und darum trifft es uns auch als Kommunalverantwortliche. Und dadurch diese Resolution und dadurch auch als Pflichtübung, weil wir das als Pflicht sehen, dass wir da aufmerksam machen, dass wir auch die Öffentlichkeit vertreten, dass wir uns gegen diese Entwicklungen wehren. Das ist der Sinn und Zweck und ich hoffe, dass wir da wirklich einen gemeinsamen Weg finden können. Vielleicht kann man da einen kleinen Zusatz machen, was der Kollege Apfelthaler als Abänderung ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Was meinst jetzt mit klein?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das Kleine ist für mich, wer zuständig ist. Das Große ist für mich der Inhalt. Da kann man schon einen Satz hinzufügen. Da sollen sich unsere Denker in der Zwischenzeit damit auseinandersetzen, wie man das auch an die richtige Adresse bringt. Aber natürlicherweise ist die OÖ Landesregierung gefordert, auch Konzepte und Überlegungen anzustellen, Konzepte zu erarbeiten und dem Bund das vorzulegen, damit solche Entwicklungen gestoppt werden. Ich ersuche da wirklich alle, im Interesse der Bürger, dieser Resolution zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster ist Herr StR Mayrhofer zum 2.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Kollege Bremm. Mich überrascht eines ein bisschen. Ich habe eigentlich geglaubt, dass gerade du über diese reflexartige Verurteilung von einer Privatisierung hinweg bist. Nicht jede Privatisierung die passiert ist, ist grundsätzlich eine schlechte Privatisierung. Gerade in deinem Betrieb, wenn ich anschaue mit MAN, ist es ja eigentlich eine sehr positive Privatisierung gewesen. Und weil sich hier der Geschäftsführer auch besonders eingesetzt hat, ist ihm auch letzte Woche der Ehrenring verliehen worden.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Das ist aber kein verstaatlichter Betrieb.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Aber ein quasi verstaatlichter Betrieb. Also, jetzt können wir wirklich darüber streiten, was bezeichnen wir als verstaatlichten Betrieb oder was nicht. Ich meine, wir können auf der anderen Seite auch das Beispiel des Konsums hernehmen, der kein verstaatlichter Betrieb war. Aber ich glaube bleiben wir bei dem, weil das ein Paradebeispiel ist, wie eine Privatisierung positiv funktionieren kann. Ich glaube, darum geht es. Nicht im Vorhinein schon sagen, aus, nein, das wollen wir nicht, sondern eher hineinreklamieren. Darum ist dieser Antrag, der vom Kollegen Apfelthaler hier eingebracht wurde, der

Abänderungsantrag, wirklich sehr wichtige, weil hier hineinreklamiert wird, unter welchen Voraussetzungen kann man sich eine Veränderung vorstellen. Nur von einem Einmalgewinn auszugehen und sagen, um Gottes Willen, die haben im letzten Jahr 130 Mio. Schilling verdient, ja bitte, dann würde ich schon sagen, schauen wir uns die letzten 10 Jahre an. Was haben denn diese Betriebe dem Staat gekostet? D. h., eine Momentaufnahme und davon zu sagen und dieser Betrieb erwirtschaftet auf immer und ewig jetzt Gewinn, also so geht es nicht, da sind wir eigentlich in Österreich schon gebrannte Kinder. Setzen wir uns doch vernünftig zusammen und versuchen wir Parameter festzulegen, unter denen wir Veränderungen akzeptieren und wenn die nicht eingehalten werden, dann bin ich bei euch, dann wird man eine Privatisierung auch nicht machen können. Ich ersuche daher alle sich das wirklich anzuschauen und dem Abänderungsantrag, so wie er vom Kollegen Apfelthaler eingebracht wurde, die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich wollte mich jetzt eigentlich gar nicht zu Wort melden, aber der Kollege Bremm hat es einfach notwendig gemacht. Und zwar deshalb, weil sie sprechen darin wortwörtlich wie wichtig ihnen die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger ist. Wenn uns die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in Steyr so wichtig ist, dann denke ich wir hätten so viel an Handlungsbedarf in der Stadt, dass wir da gar nicht nachdenken brauchen über Resolutionen, von denen sie selbst sagen, eigentlich ist es egal wer zuständig ist, wir wissen gar nicht so richtig, wen wir jetzt da treffen. Ich darf sie nur daran erinnern, wir schaffen es nicht, und das ist wirklich traurig und das hat mit Versorgungssicherheit zu tun, dass wir unser Stadtgebiet einigermaßen mit Licht erhellen. Wenn sie heute auf der Ennskraftmeile unterwegs sind, sind sie im stockfinsteren. In Garsten ist es Licht, in Steyr schaffen wir es nicht einmal insgesamt 40.000,-- Euro aufzutreiben um dort für Licht zu sorgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das ist aber jetzt nicht Thema.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wir reden von Versorgungssicherheit. Da denke ich mir, wenn uns das so wichtig ist, sollte man die Energie in solche Dinge stecken und nicht in Resolutionen, die dann wieder reinkommen, die dann irgendwo beim Land oder Bund in einer Schublade liegen bleiben, sondern diese Energie investieren für die Versorgungssicherheit wo wir zuständig sind und da sind wir eindeutig zuständig. Aber ich freue mich Herr Kollege Bremm, weil dadurch ist wahrscheinlich sichergestellt, dass ich jetzt einen Mitstreiter habe, da sie betont haben wie wichtig ihnen die Versorgung der Stadt Steyr ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir reden jetzt aber über die Busse und die Telekom.
Wünscht noch jemand das Wort? Herr Eichhübl zum 2.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf vorweg einen Vorschlag machen, ob es nicht in Zukunft besser wäre, wenn jemand einen Abänderungsantrag einbringt, bevor er den hier heraußen mündlich kund tut, dass dieser abgelichtet und verteilt wird. Denn wir haben jetzt nach Durchsicht dieser Unterlage doch feststellen können, und zwar geht es um das Papier vom Herrn Apfelthaler, dass das an sich was da niedergeschrieben wird ein Anliegen ist, das wir durchaus unterstützen können. Ich habe das vorher aus seiner mündlichen Wortmeldung nicht so deutlich herausgehört. Daher darf ich hier mitteilen, dass die Freiheitliche GR-Fraktion diesem Abänderungsantrag die Zustimmung geben wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich möchte zur Geschäftsordnung einen Antrag stellen. Da ja ein Abänderungsantrag von den Grünen da ist und wir da auch nicht einfach drüberfahren wollen und sagen, jetzt beschließen wir den aber auch nicht gleichzeitig so, dass wir den zurückstellen jetzt, dass wir da versuchen noch im Laufe der GR-Sitzung eine Formulierung zu finden und am Ende der Tagesordnung dann eine beschlussfähige Resolution vielleicht vorzubereiten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Ich glaube, wenn wir dann die Pause gemacht haben, werden wir den Antrag behandeln. Findet das allgemeine Zustimmung? Danke, wir setzen den Antrag jetzt aus.
Wir gehen zum nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu meinem letzten Punkt, zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Verwaltungsjahr 2003. Abgesehen von einer kurzen Darstellung der von der Stadt Steyr verwirklichten Empfehlung des Rechnungshofes, werden in diesem Nachtrag zum Tätigkeitsbericht lediglich eine gesamtstaatliche und makroökonomische Evaluierung der Fiskalpolitik der Jahre 2000 bis 2002 und die entsprechenden Maßnahmen im Bereich des Bundes, der Länder und der Gemeinden zusammenfassend dargestellt.
Ich hoffe, es hat sich jeder diesen Rechnungshofbericht durchgelesen. Es ist ja nicht weiß ich was drinnen vorgekommen. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

5) Präs-528/02 Nachtrag zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes betreffend die Stadt Steyr, Verwaltungsjahr 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Nachtrag zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes betreffend die Stadt Steyr und das Verwaltungsjahr 2003 (Zl. 001.504/136/E1/04) wird zur Kenntnis genommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Herr Bürgermeister hat ja bereits darauf hingewiesen, was dieser Nachtrag des Rechnungshofes beinhaltet. Ich möchte aber doch noch in Erinnerung rufen, dass der Gemeinderat in diesem Zusammenhang bereits in seiner Sitzung am 4. 3. d. J. die Möglichkeit hatte, einen Tätigkeitsbericht betreffend das Verwaltungsjahr 2003 der Stadt Steyr hier im Gemeinderat zu diskutieren und dann auch zur Kenntnis zu nehmen, was an sich auch dazu geführt hat, dass ich mich zu Wort gemeldet habe und einen Hinweis darauf gegeben habe, was im Zusammenhang der Stadtwerke steht, nämlich, die Empfehlungen die der Rechnungshof gegeben hat, im Bereich des Verkehrsbetriebes, zum größten Teil umgesetzt wurde. Ich darf aber doch auch, und das ist der Grund meiner Wortmeldung, meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, dass es der Rechnungshof offensichtlich so gut gefunden hat, dass er neuerlich auf die Verkehrsbetriebe eingeht, nämlich auf der Seite drei, und in einigen Punkten darauf hinweist, dass diese Empfehlungen des Rechnungshofes im Bezug auf die Erneuerung Wagenpark und Verbesserungsmaßnahmen, Linienführung, Fahrplanabstimmung udgl. umgesetzt hat. Das war an sich alles, was ich sagen möchte. Ich wollte nicht dem Referenten vorgreifen, aber nachdem ich mich jahrelang oder eigentlich jahrzehntelang mit dieser Thematik beschäftigt habe, glaube ich darf das durchaus als positiv hier angemerkt werden. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich danke Herrn GR Eichhübl. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Hauser.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates bzw. des Gemeinderates, geschätzte Medien. Ja, dieser Rechnungshofbericht ist insofern sehr erfreulich, das was der Herr Kollege Eichhübl gerade gesagt hat trifft ja nicht nur insofern zu, dass diese Dinge umgesetzt wurden, sondern, dass wir einer ganz wesentlichen Forderung des Rechnungshofes näher gerückt sind mit diesen ganzen Maßnahmen, denn der Rechnungshof hat also gemeint, dass die Verkehrsbetriebe nur dann wirklich sinnvoll sozusagen zu betrachten wären, wenn wir in etwa einen Deckungsgrad von 65 % im Rahmen dieser Verkehrsbetriebe erreichen würden. Nachdem wir vor einigen Jahren noch sehr weit davon entfernt waren, haben wir also jetzt zumindest zu einem 60 %-igen Deckungsgrad aufgeschlossen. Ich denke mir, das ist auch eine sehr erfreuliche Meldung, die zwar nicht im Rechnungshofbericht steht, weil es erst jetzt im letzten Jahr erreicht wurde, aber das sollten wir letztlich auch sehr positiv bewerten. Ich hoffe, dass noch einige andere Maßnahmen, die in der Zukunft noch sein werden, wie z. B., dass wir heute unseren ersten Klimabus geliefert bekommen

haben und den dann in die Verkehrsbetriebe übernehmen werden und es damit schaffen, hoffentlich auch eine etwas angenehmere Situation in den Bussen, in den Sommermonaten, auch herzustellen, dass das dazu beitragen wird, dass die Verkehrsbetriebe noch immer attraktiver werden. „Fahren sie selber mit dem Stadtbus“ - kann ich nur sagen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Im Großen und Ganzen muss ich sagen, wünsche ich mir mehrerer solche Rechnungshofberichte. Also, diese Rechnungshofberichte die so positiv ausfallen, sind sicher immer sehr angenehm. So angenehm werden sie nicht immer sein. Der Rechnungshof wird immer wieder was finden, was für uns nicht so positiv ist. Trotzdem muss man das bemerken. Ich danke auch dem Willi für seinen Beitrag, wo er darauf hingewiesen hat, dass man sich auch dazu entschlossen hat, dass man ein Klimagerät in unsere Busse einbaut.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Herr Bürgermeister, das ist aber eine Fehlinvestition, weil eine Klimaanlage funktioniert nur bei geschlossenen Türen und Fenstern.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Trotzdem. Wir haben es voriges Jahr gesehen, dass das nicht so ist und dass der Aufpreis so gering ist, dass sich das lohnt. Ich glaube, ich spreche sicher im Sinne vieler Busfahrer und vor allem auch der Mitfahrer, dass das sicher angenehmer wird in nächster Zeit.
Ich bitte nun um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Enthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Bürgermeister für die Berichterstattung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich übernehme den Vorsitz und bitte als nächste Berichterstatterin die Frau Vzbgm. Friederike Mach um ihre Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich habe heute nur einen Bericht und da geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr, Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes für 2004.

In Bronze soll es die Frau Dr. Birgit Stellnberger und die Astrid Collognath erhalten, in Silber die Rosa Garstenauer und in Gold Dr. Urban Schneeweiß und Christian Balogh.
Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung. Danke.

6) K-51/04 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 25. Juni 2004 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen verdienstvollen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in Bronze – für 15jährige Mitarbeit:
Dr. Birgit Stellnberger
Astrid Collognath

Rettungsverdienstmedaille in Silber – für 20jährige Mitarbeit:
Rosa Garstenauer

Rettungsverdienstmedaille in Gold – für 25jährige Mitarbeit:
Dr. Urban Schneeweiß
Christian Balogh

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke der Berichterstatterin und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm um seine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
In meinem ersten Antrag geht es um eine außerordentliche Subvention für die Überdachung der Asphaltbahnen des ASV Bewegung in der Hubergutstraße. Ich ersuche den Gemeinderat der Subvention von 20.970,-- die Zustimmung zu geben.

7) Fin-108/03 ASV Bewegung Steyr; Ansuchen um Gewährung einer a.o. Subvention für die Überdachung der Asphaltbahnen in der Hubergutstraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 16. Juli 2004 wird dem ASV Bewegung Steyr - Sektion Stocksport – für die Überdachung der Asphaltbahnen in der Hubergutstraße eine außerordentliche Subvention im Gesamtbetrag von

20.970,-- (iW zwanzigtausendneunhundertsiebzig) bei der VASt. 1/269000/777000 bewilligt.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um die Detailprojektierung Oberflächenabdichtung; Deponiestraße; Deponieentgasung, also die Weiterführung. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

8) Umw-16/04 Mülldeponie der Stadt Steyr; Detailprojektierung Oberflächenabdichtung; Deponiestraße (Bermenstraße); Deponieentgasung – Weiterführung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 16. 7. 2004 wird der Auftragsvergabe an das Ing.-Büro Hitzfelder/Pillichshammer, Vöcklabruck, mit Gesamtkosten von € 52.500,-- exkl. USt. sowie einer Mittelfreigabe für das Rechnungsjahr 2004 in Höhe von € 30.000,-- zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind bei der VSt 5/8521000/006000 für 2004 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 30.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter und bitte den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Gunter Mayrhofer,

um seine Berichte.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätzter Gemeinderat, der erste Antrag bezieht sich auf das Asphaltierungsprogramm 2004. Bei der Ausschreibung ist als Bestbieter die Firma Straßen- und Pflasterbau Steyr hervorgegangen mit 151.733,-- Euro. Insgesamt sind vorgesehen für die gesamten Asphaltierungsarbeiten 232.000,-- Euro. Sie sehen, die Preisunterschiede sind teilweise eklatant. Wir haben heuer etwas günstigere Preise als in den Jahren zuvor erzielen können und können dadurch auch mehr an Straßen sanieren. Ich ersuche um Zustimmung.

9) BauStr-2/04 Asphaltierungsprogramm 2004; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 6. Juli 2004 wird der Vergabe des Asphaltierungsprogramms 2004 für das Bauvorhaben Hochhauserstraße – Kreuzschwestern, Christkindlstraße, Resthofstraße BA 1, Pflasterung Schlossberg, Asphaltierung Infangstraße – Sommerhuber, Infangstraße – Berg, Staubfreimachung der Steinerstraße im Bereich Nebenstraße (Haas – Ecker), Sanierung der Bogenhausstraße sowie Gehsteigabsenkungen im Stadtgebiet wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag: Asphaltierungsprogramm 2004
Auftragnehmer: Straßen- und Pflasterbau
Errichtung/Finanzierung: 2004
Betrag inkl. MWSt. EUR 151.733,64

Vergabevorschlag: Ergänzende Maßnahmen
Auftragnehmer: Straßen- und Pflasterbau
Errichtung/Finanzierung: 2004
Betrag inkl. MWSt. EUR 66.000,--

Vergabevorschlag: Transporte & Verkehrszeichen
Auftragnehmer: FA kommunale Dienste
Errichtung/Finanzierung: 2004
Betrag inkl. MWSt. EUR 5.000,--

Vergabevorschlag: Bepflanzung und Rekultivierung
Auftragnehmer: FA kommunale Dienste
Errichtung/Finanzierung: 2004
Betrag inkl. MWSt. EUR 4.266,36,--

Vergabevorschlag: Granitsteinankauf
Auftragnehmer: div. Granitsteinlieferanten
Errichtung/Finanzierung: 2004
Betrag inkl. MWSt. EUR 5.000,--
Gesamt: EUR 232.000,--

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 232.000,-- inkl. MWSt. werden wie folgt finanziert:

Budget: 2004
Betreff: Gemeindestraßen - Asphaltierungsprogramm 2004
VSt.: 5/612000/002000
Betrag: EUR 174.000,--

Budget: 2004
Betreff: Gemeindestraßen – Verkehrsberuhigung Taborschule
VSt.: 5/612000/002020
Betrag: EUR 38.000,--

Budget: 2004
Betreff: Zufahrt Hausleiten - Mülldeponie
VSt.: 5/612000/002480

Betrag: EUR 20.000,--

Gesamt: EUR 232.000,--

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Im nächsten Punkt geht es um die Straßensanierung und zwar von vier Straßenzügen. Das wird den Bürgermeister freuen, weil endlich ist auch die Schlühslmayrstraße dabei. Das nicht, weil der Bürgermeister dort wohnt, sondern weil man dort wirklich nicht mehr gescheit fahren kann und wir fast einen Anschauungsunterricht über den Zustand der Steyrer Straßen hier haben. Ich habe gehofft, dass dieser schlechte Straßenzustand zu einer verbesserten Budgetsituation führt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, vielleicht schaffen wir es, dass wir in diesem kommenden Budget einen erhöhten Beitrag für die Sanierung hineinbekommen. Weil gerade, wenn ich mir die Frau Vizebürgermeisterin anschaue, wenn ich mir den Zustand der Straßen auch im Münichholz anschaue ...

Zwischenruf: Wieso schauen sie sich da die Frau Vizebürgermeisterin an?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Weil ich im Münichholz wohne!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die vielen Löcher.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wie heißt es so schön: „Wie der Schelm denkt, so ist er."

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, ja, er hat es ganz faustdick hinter den Ohren.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
D. h., wir haben nicht nur im Münichholz schlechte Straßen sondern querdurch. Aber Münichholz ist sicher auch ein Stadtteil wo in den letzten Jahren wenig passiert ist. Wir würden viel, viel mehr Mittel benötigen. Ich ersuche da wirklich um die Unterstützung. Jetzt haben wir die Möglichkeit, wir sind vor einer Budgeterstellung, vielleicht schaffen wir dieses Mal eine Verbesserung.
Notwendig für diese vier Bauvorhaben sind insgesamt 385.000,-- Euro.

10) BauStr-4/04 Straßenbauten 2004 für nachstehend angeführte Bauvorhaben:
1. Sanierung Schlühslmayrstraße (Aschacher Straße – Sandbauernstraße)
2. Sanierung Wehrgrabengasse (Wiesenberg – Direktionsstraße)
3. Sanierung Damberggasse (Bahnhofstraße – Johannesgasse)
4. Straßenneubau APM

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 5. Juli 2004 wird der Vergabe der Sanierung der Schlühslmayrstraße im Bereich Aschacher Straße bis Sandbauernstraße, der Sanierung der Wehrgrabengasse im Bereich Wiesenberg bis Direktionsstraße, der Sanierung der Damberggasse im Bereich Bahnhofstraße bis Johannesgasse und dem Straßenneubau beim APM wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag: Straßenbau 2004
Auftragnehmer: Straßen- und Pflasterbau
Errichtung/Finanzierung: 2004
Betrag inkl. MWSt. EUR 333.313,24

Vergabevorschlag: Ergänzende Maßnahmen
Auftragnehmer: Straßen- und Pflasterbau
Errichtung/Finanzierung: 2004
Betrag inkl. MWSt. EUR 37.000,--

Vergabevorschlag: Transporte
Auftragnehmer: FA kommunale Dienste
Errichtung/Finanzierung: 2004
Betrag inkl. MWSt. EUR 5.000,--

Vergabevorschlag: Bepflanzung und Rekultivierung
Auftragnehmer: FA kommunale Dienste
Errichtung/Finanzierung: 2004
Betrag inkl. MWSt. EUR 4.686,76,--

Vergabevorschlag: Granitsteinankauf
Auftragnehmer: div. Granitsteinlieferanten
Errichtung/Finanzierung: 2004
Betrag inkl. MWSt. EUR 5.000,--

Gesamt: EUR 385.000,--

Budget: 2004
Betreff: Gemeindestraßen - Straßenbauten 2004
VSt.: 5/612000/002000
Betrag: EUR 302.000,--

Budget: 2004
Betreff: Gemeindestraßen – APM-Zufahrtsstraße
VSt.: 5/612000/002010
Betrag: EUR 83.000,--

Gesamt: EUR 385.000,--

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gerhard.

Zwischenruf: Ein Münichholzer.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Die Straßen schauen so aus wie ich, so verbraucht und schon so alt und nicht so schön wie die Frau Vizebürgermeisterin ausschaut. Ich möchte das untermauern und möchte es schon ein bisschen relativieren, weil der Kollege Mayrhofer gesagt hat, wenn wir mehr Budgetmittel haben, dann müssen wir im Münichholz auch was tun. Wir müssen im Münichholz was tun. Das wird ein vorrangiges Projekt werden. Ob mehr Budgetmittel oder nicht, da muss man einfach Prioritäten setzen. Das möchte ich da in diesem Kreise besonders erwähnen, weil wir haben da teilweise Zustände auf unseren Straßen, die gefährlich sind. Also die müssten in Wirklichkeit ja von der Polizei gesperrt werden, so schlecht sind die Straßen. Für nächstes Jahr muss da auf alle Fälle begonnen werden, auch wenn keine höheren Budgetmittel vorhanden sind. Da muss man einfach sagen, das ist uns wichtig.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich glaube, dass man auch dazu sagen muss, ich bin in den Urlaubsmonaten einige Male in Steyr und Umgebung unterwegs gewesen, Schwammerl suchen usw., ich bin da auf Straßen unterwegs gewesen, z. B. in Garsten, wo ich mich nur so gewundert habe, dass solche Bauernstraßen in so einem Top-Zustand waren. Also, man muss da wirklich einmal mit dem Land über die Verteilung dieser Mittel reden, weil ich das einfach nicht verstehen, wenn man auf einer Straße, wo mir vielleicht auf 10 Kilometern ein Auto entgegen kommt, eine top hergerichtete Straße hat. Ich bin voriges Jahr da rüber gefahren und da war es auch nicht so schlecht. Also, gegenüber dem Münichholz ist das ja

unglaublich.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Weil wir bei der Verteilung der Mittel sind, vielleicht als Abschluss, da möchte ich schon darauf hinweisen, dass ich schon mehrmals hier vor diesem Gremium darauf hingewiesen habe, dass wir 1992/1993, d. h., Anfang der 90iger Jahre, jeweils weit höhere Budgetmittel für die Straßensanierung zur Verfügung gehabt haben als die letzten Jahre. Die letzten Jahre hat es immer geheißen, jedes Jahr, heuer müsst ihr noch ein bisschen kürzer treten, bis sich das jetzt eingebürgert hat und jetzt heißt es immer, ihr habt ja im Vorjahr auch nicht mehr Mittel gehabt. Mit den Mitteln, die derzeit zur Verfügung stehen, ist eine Erhaltung der Straße, nicht einmal der gleichbleibende Zustand dieser Erhaltung ist möglich, sondern mit den gleichen Budgetmitteln wie in diesem Jahr werden wir im nächsten Jahr eine weitere Verschlechterung des Straßenzustandes erleiden und das muss man in dieser Deutlichkeit einmal sagen. Wir können jetzt streiten und da können wir uns alle miteinander den Kopf einhauen in welchem Viertel, wer der am meisten Betroffene ist, aber generell, fahrt durch das Stadtgebiet und ihr werdet feststellen, der Zustand hat sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Wenn ich mit der Reparatur der Straße so lange warte bis sie komplett kaputt ist, dann sind die Kosten bitte schön auch weit höher als wenn ich eine rechtzeitige Sanierung vorgenommen hätte. Das ist der falsche Weg und wirtschaftlich absolut schlecht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist immer eine Frage des Geldes und der Geldverteilung. Wir haben eh schon heute einmal darauf hingewiesen, dass ja die Finanzausgleichsverhandlungen jetzt laufen und alle Signale die ich bis jetzt bekommen habe sind äußerst negativ. Es schaut so aus, als wie wenn wir als Stadt Steyr, oder die Städte allgemein, beim Finanzausgleich wieder weniger Geld bekommen. Dann irgendwo noch ein Geld auftreiben für zusätzliche Sanierungsarbeiten ist halt äußerst schwierig. Wir müssen da wirklich sehr genau drüber schauen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Nicht zusätzliche Mittel, sondern endlich wieder auf das normale Maß einer Straßensanierung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So wenig geben wir eh nicht aus. Wir haben voriges Jahr relativ viel ausgegeben und heuer auch.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt bezieht sich auf eine Geländererneuerung im Wehrgraben. Sie können sich noch an das Hochwasser von 2002 erinnern. Hier sind 63.000,-- Euro für die Schlosserei Zöserl notwendig und 6.000,-- Euro für die Fa. Straßen- und Pflasterbau für die Fundamentherstellung. Ich ersuche um Zustimmung.

11) BauStr-11/04 Wehrgraben – Geländererneuerung zufolge Hochwasserschaden 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB II/FA Tiefbau vom 13. Juli 2004 wird der Vergabe der Geländererneuerung im von Hochwasserschäden 2002 stark betroffenen Wehrgraben im Ausmaß von EUR 63.000,-- an die Schlosserei Herwig Zöserl, Reichraming, und der Vergabe der dafür erforderlichen Fundamentherstellung in Höhe von EUR 6.000,-- an die Fa. Straßen- und Pflasterbau, Steyr, zugestimmt.

Die Mittelaufbringung in einer Gesamthöhe von EUR 69.000,-- erfolgt durch Kreditübertragung im Ausmaß von EUR 69.000,-- von VSt. 5/632000/613000 „Wasserwehre und Schleusen; Instandhaltung von Sonderanlagen“ nach VSt. 5/639000/613000 „sonstige Einrichtungen und Maßnahmen des Schutzwasserbaus; Instandhaltung von sonstigen Grundstückseinrichtungen“.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 69.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Hier geht es um eine Weg- und Handsicherung und zwar im Bereich der Oberen Schiffwege der sogenannten Dorngründe. Dafür sind 22.500.-- Euro notwendig. Den Zuschlag soll die Firma Kaim in Wien, die bei uns in Steyr schon die anderen Hangsicherungen vorgenommen hat, ergehen.

12) BauH-163/04 Oberer Schiffweg; Dorngründe; Weg und Hangsicherung.

Der Gemeinderat möge beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 10. August 2004 wird der Direktvergabe der ca. 15 m langen Weg- und Hangsicherung des Oberen Schiffweges im Bereich Dorngründe/Pyrach im vorweg abgeschätzten Ausmaß von EUR 22.500,-- an die Fa. Kaim Wien, zugestimmt.

Die Mittelaufbringung in Höhe von EUR 22.500,-- erfolgt

1. durch Freigabe von EUR 2.500,-- bei der vorgesehenen VSt. 5/6121000/002210 „Fuß- und Radwege; Hangsicherung“ und
2. durch Kreditübertragung im Ausmaß von EUR 20.000,-- von VSt. 5/6121000/002000 „Fuß- und Radwege; Straßenbau Fuß- und Radübergänge“ nach oa. VSt. 5/6121000/002210 „Fuß- und Radwege; Hangsicherung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt hat ebenfalls wie der vorletzte Antrag auch das Hochwasser zugrunde, hier geht es um das Rückhaltebecken Dorningerbach im Bereich der Goldhanstraße. Der erste Schritt dafür, ist die Auszahlung der Entschädigungen für die Grundinanspruchnahme. Sie sehen die Entschädigungszahlungen sind teilweise sehr gering. Die Bereitschaft der Grundstückseigentümer war überraschend sehr, sehr positiv. Hier wird ein Rückhaltebecken gemacht, das bei Überflutungen hier eine Betroffenheit im gesamten Bereich Gleink aber auch des Stadtgutes hintan gehalten wird. Ich ersuche dieses Projekt zu unterstützen.

13) Wa-4/01 Rückhaltebecken Dorningerbach im Bereich der Goldhanstraße; Auszahlung der Entschädigungen für die Grundinanspruchnahme.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 26. August 2004 wird zur Errichtung eines Rückhaltebeckens für den Dorningerbach im Bereich der Goldhanstraße dem Abschluss der nachstehend angeführten Vereinbarungen und Auszahlung der Entschädigungssummen wie folgt zugestimmt.

A) Einmalige Entschädigungen:
Franz Johann Schützenhofer, Steiner Straße 8
für vom Einstau betroffene Grundstücke 1807, 1809, 1811, 1971, 1822, 1836/1, 1837, 1839/1, je KG Steyr, insgesamt EUR 33.800,--

Johann und Barbara Landerl, Golhanstraße 4
für vom Einstau betroffene Grundstücke 1819/1, 1820, je KG Steyr, insgesamt EUR 230,--
für befestigtes Gerinne auf Grundstück für 1819/1 KG Steyr und Grundstücke 502, 503, 505/1, 501/2, je KG Stein, insgesamt voraussichtlich EUR 3.195,--
für Rasenmulde auf Grundstück 1819/1, KG Steyr, insgesamt voraussichtlich EUR 1.775,-- und für 4 Birnenbäume voraussichtlich EUR 1.200,--

Karl und Hedwig Putz, Goldhanstraße 2 A
für befestigtes Gerinne auf Grundstück 499/1, KG Stein, voraussichtlich EUR 2.430,--

für Rasenmulde auf Grundstück 499/1, KG Stein, und 1810, KG Steyr, voraussichtlich EUR 1.800,--

Franz und Bernadette Hießmayr, Feldstraße 1
für vom Einstau betroffenes Grundstück 1834/1, KG Steyr, insgesamt EUR 65,--

Monika Mayr und Maria Wandrak, Feldstraße 2B
für vom Einstau betroffene Grundstücke 1835/3 und 1836/3, beide KG Steyr, insgesamt EUR 70,--

Felix Schützenhofer, Feldstraße 2F
für vom Einstau betroffenes Grundstück 1836/3, KG Steyr, EUR 150,--

Hildegard Söllner, Feldstraße 2E
für vom Einstau betroffene Grundstücke 1836/5 und 1838/8, KG Steyr, insgesamt EUR 85,--

Klaus und Maria Wandrak, Felstraße 2B
für vom Einstau betroffene Grundstücke 1835/2 und 1836/2, je KG Steyr, insgesamt EUR 143,--

Karl und Hermine Wimmer, Feldstraße 2D
für vom Einstau betroffene Grundstücke 1836/4 und 1838/7, je KG Steyr, insgesamt EUR 110,--

Herr Landerl und die Ehegatten Putz erhalten vorläufig nur 50 % der geschätzten Entschädigungen ausbezahlt, da die endgültig von der Stadt zu leistenden Zahlungen vom tatsächlich in Anspruch genommenen Flächenausmaß zur Errichtung des befestigten Gerinnes und der Rasenmulde abhängt.

B) Grundeinlöse und -rücktausch aufgrund des Dammbaus und der Straßenverlegung Franz Johann Schützenhofer, Steinerstraße 8
Die Stadt und Herr Schützenhofer sind übereingekommen, dass ihm die Fläche des bisherigen Straßenverlaufes ins Eigentum übertragen wird und er seinerseits die Flächen aus dem ihm gehörigen Grundstück 1807, KG Steyr, zur Errichtung der neuen Straße und des Dammes abtritt. Für die Differenzfläche von voraussichtlich 1.600 m² wurde ein Betrag von EUR 4,40/m², in Summe daher EUR 7.040,-- vereinbart, wobei das genaue Ausmaß der beanspruchten Fläche erst nach Baufertigstellung und Endvermessung des neuen Straßenbaues feststehen wird. Zusätzlich zum Kaufpreis hat die Stadt die mit dem Rechtsgeschäft in Verbindung stehenden Steuern und Kosten zu tragen.

Zum genannten Zweck wird bei der VA-Stelle 5/631000/004000 (Konkurrenzgewässer, Wasser- und Kanalisationsbauten) ein Betrag von EUR 52.100,-- freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt ist die Hochhausstiege und zwar die Instandsetzung. Hier geht es um den oberen Teil. Wir haben im letzten Jahr den unteren Teil im Bereich Märzenkeller-Stiege gemacht. Dafür sind insgesamt 45.000,-- Euro notwendig. Den Auftrag soll die Firma Ploier & Hörmann aus Marchtrenk erhalten. Ich ersuche um Zustimmung.

14) BauH-127/03 Hochhausstiege; Instandsetzung, 2. Bauabschnitt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes vom 24. 8. 2004 wird der Vergabe der Instandsetzungsarbeiten an der Hochhausstiege 2. BA in Höhe von EUR 44.988,91 an die Fa. Polier & Hörmann, Marchtrenk, zugestimmt.

Die Mittelaufbringung im Gesamtausmaß von EUR 45.000,-- erfolgt

1. durch Freigabe in Höhe von EUR 20.000,-- bei der vorgesehenen VSt. 5/612100/002310 „Fuß- und Radwege; Errichtung und Instandhaltung von Stiegen“ und
2. durch Kreditübertragung in Höhe von EUR 25.000,-- von VSt. 5/612100/002310 „Fuß- und

Radwege; Errichtung und Instandhaltung von Stiegen“.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, nur ein paar Sätze zu diesem Antrag. Der obere Teil ist ja voriges Jahr saniert worden, wie ja der zuständige Referent gerade gesagt hat. Ich möchte auch erwähnen, dass das sehr gelungen ist in der Ausführung und in der Gestaltung. Es ist mir aber ein Anliegen darauf hinzuweisen und den zuständigen Referenten zu bitten Druck zu machen, dass der untere Teil dieses Mal rascher durchgeführt wird. Es haben sich nämlich viele Ennsleitenbewohner zu Recht beschwert, dass diese Baustelle sehr, sehr lange gedauert hat. Vielleicht kann man bei der Sanierung des unteren Teils, der Reparatur, die ja, wie ich hoffe auch so ausfallen wird wie der obere Teil, darauf schauen, dass das kürzer geht, weil es ist doch eine wichtige Verbindung zur Stadt. Das wollte ich nur hier weiter geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich darf hier noch einmal das Wort ergreifen und auf die längeren Bauzeiten zurück kommen. Das Angebot ist ja heute gewesen, dass der Herr Baudirektor auch erklärt, warum es z. B. im Bereich Zieglergasse derzeit zu einer gewaltigen Bauzeitüberschreitung gekommen ist. Nicht alle Dinge bei einem Bau sind wirklich vorhersehbar. Hier war es auch im Bereich Zieglergasse so. Als wir schon geglaubt haben wir sind fertig, hat sich herausgestellt, dass sich die Reparatur so nicht durchführen lässt, weil der Unterboden so schlecht ist. Wir haben gestern versucht mit einem Wasserstrahl zu testen ob das Wasser durchgeht. Es ist nicht nur durchgegangen sondern mit diesem Wasserstrahl hat sich der Beton praktisch verflüchtigt. D. h., wir haben kurzfristig entscheiden müssen, dass in diesem Bereich diese gesamte Platte entfernt werden muss. Das ist also kein Versäumnis. Wir haben nicht gewartet bis die Ferien zu Ende sind und haben dann erst zu bauen begonnen, sondern die Bauarbeiten hätten jetzt, mit Beginn der Schule, fertig sein sollen. Wir haben zuerst, wenn sie sich erinnern, schon die Schönauerbrücke in der Ferienzeit, gleich zu Beginn, gemacht und jetzt gegen Ende wäre dieser Bereich gewesen. Jetzt sind wir nicht nur mit einer Bauzeitüberschreitung konfrontiert, sondern, da darf ich den Gemeinderat auch schon vorbereiten, natürlich auch mit einer ganz anderen Kostensituation, weil es praktisch wie ein Neubau dieses Fußgängersteges von den Kosten her ist. Aber das nur zum Herrn Payrleithner. Es ist auch uns nicht recht, wenn die Bauzeit zu lange dauert. Nur eine Stiege, gerade wenn man sich die anschaut, ist natürlich immer schwieriger als z. B. ein Straßenstück wo ich ebenerdig zufahren kann, wo ich mit allen Maschinen arbeiten kann. Gerade in diesem Stiegenbereich ist die Erreichbarkeit mit Material, mit Arbeitskräften eine ganz andere und dauert erfahrungsgemäß natürlich länger. Aber es bemühen sich glaube ich nicht nur unsere Abteilungen sondern auch die betroffenen Firmen.

Der letzte Antrag bezieht sich auf den Ankauf eines neuen – es steht Leiterwagen – es ist natürlich jenes Kfz mit einer Drehleiter, die es ermöglicht, dass unsere Straßenbeleuchtung also permanent leuchtet, dass also Schäden kurzfristig behoben werden können. Es war notwendig, weil das alte Fahrzeug wirklich ihren Zenit überschritten hat. Dafür sind insgesamt 53.100,-- Euro notwendig. Was den Herrn Eichhübl freuen wird, der Auftragnehmer ist die Firma Porsche – AVEG Steyr. Ich ersuche um Zustimmung.

15) En-11/04 Ankauf eines neuen Leiterwagens für die Dienststelle städt. Elektriker.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 25. August 2004 wird der Vergabe der Lieferung des Leiterwagens samt Rücknahme des Altfahrzeuges im nicht offenen Verfahren ohne Bekanntmachung im Unterschwellenbereich gemäß BVerG i.d.g.F. im Ausmaß von EUR 53.100,-- inkl. MWSt. an die Firma Porsche Inter Auto GmbH & CoKG, Steyr, zugestimmt.

Die Mittelaufbringung erfolgt

1. durch Freigabe von EUR 45.000,-- bei der vorgesehenen VSt. 5/816000/040000 „öffentliche

Beleuchtung und öffentliche Uhren (Fahrzeuge)“ und
2. durch Kreditübertragung von VSt. 5/816000/050000 „öffentliche Beleuchtung und Uhren (Sonderanlagen)“ im Ausmaß von EUR 8.100,- nach o.a. VSt. 5/816000/040000 „öffentliche Beleuchtung und öffentliche Uhren (Fahrzeuge)“.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 53.100,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Walter Oppl um seine Berichte.

BE: STADTRAT WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei meinem heutigen Antrag geht es um die Mittelfreigabe für den Anteil den die Stadt bezüglich der Verkehrslichtsignalanlagen und Blinklichtanlagen an das Land leisten muss. Der Betrag ist 44.600,-- Euro. Ich glaube es bedarf keiner näheren Erläuterung und ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

16) VerkR-7536/83 Verkehrslichtsignal- und Blinkanlagen im Bereich der Stadt Steyr; Aufteilung der Betriebs- und Erhaltungskosten gem. § 32/1 StVO
1960 – Jahresabrechnung 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorliegenden Berichtes des GB III/FA Tiefbau vom 16. August 2004 wird zur Begleichung der aufgelaufenen Kosten die Instandhaltung und den Betrieb von Verkehrslichtsignal- und Blinklichtanlagen (eingeschränkt auf Bundes- und Landesstraßen) im Stadtgebiet Steyr im Jahr 2003 der Mittelfreigabe in Höhe von

EUR 44.600,-- inkl. MWSt. bei VSt. 1/640000/770000 zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter und ich würde vorschlagen, dass wir jetzt eine kurze Pause machen und ziehen uns zurück zur Beratung über den einen Punkt.

PAUSE VON 15.20 UHR BIS 15.45 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen unsere Gemeinderatssitzung fort. Es geht jetzt um die Abänderung der Abänderung. Ich bitte den Herrn Vzbgm. um seinen Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, wir haben jetzt eine Formulierung gefunden, die doch einer breiten Mehrheit die Zustimmung ermöglicht. Ich darf den Abänderungsantrag vorlesen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der letzte Absatz, der in Form eines Dringlichkeitsantrages eingebrachten Resolution hat zu lauten:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert daher die OÖ Landesregierung auf, ein Konzept zu erstellen, wie bei gesellschaftsrechtlichen Änderungen von Post AG, Postbus AG und Telecom AG, der damit verbundene infrastrukturelle Schaden für Oberösterreich und seiner Bevölkerung insgesamt und insbesondere für die dezentralen Regionen verhindert werden kann und auf Grundlage dieses Konzeptes bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass künftig bei strukturellen und/oder gesellschaftsrechtlichen Änderungen der Post AG, Postbus AG und Telecom AG keine

infrastrukturellen Verschlechterungen, weder für das Land Oberösterreich und seine Bevölkerung, noch für die dezentralen Regionen des Bundeslandes entstehen. Ziel soll sein, in der infrastrukturellen Nahversorgung wirtschaftlich effiziente Strukturen zu schaffen, die eine flächendeckende Versorgung mit den von den Unternehmen erbrachten Dienstleistungen gewährleisten und der Bevölkerung ein attraktives Service und Dienstleistungsangebot zu bestmöglichsten Konditionen und Tarifen zur Verfügung stellt.

Ich ersuche, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen nun über den Abänderungsantrag in dieser Form ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, das ist ja sensationell.
Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag und ich ersuche um Wortmeldungen. Andi bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Tagesordnungspunkt ist ja in den letzten Tagen in der öffentlichen Diskussion gestanden, mehrere Zeitungen haben über die Angelegenheit „Kebabstand“ auf der Ennsleite berichtet. Ich denke – und so will ich auch meine Wortmeldung beginnen – der Kebabstand ist eigentlich nur sekundär. Ob dieser Kebabstand auf der Ennsleite errichtet wird, wie er errichtet wird, wo er errichtet wird, das ist eigentlich Aufgabe des Magistrates, der zuständigen Beamten und des zuständigen Referenten. Es hat ja auch einen Amtsvorschlag gegeben, der im Stadtsenat behandelt worden ist und ich nehme einmal an, als Gemeinderat, dass diese Amtsverträge auch entsprechend vorbereitet sind, wenn sie in den Stadtsenat gelangen. Mir ist auch nicht bekannt, wie die diesbezügliche Diskussion im Stadtsenat geführt worden ist, wir sind ja bekanntlich nicht im Stadtsenat vertreten. Was mich aber an dieser ganzen Diskussion sehr geärgert hat, ist die Kampagne, die von der FPÖ gestartet worden ist, und speziell einige Argumentationen, die hier gewählt worden sind. Noch einmal, ich glaube, wir können alle hier, bzw. jene, die daran interessiert sind, dass eine vernünftige und sachliche Diskussion geführt wird, darüber diskutieren, ob es einen Sinn macht, einen Kebabstand dort beim Kinderspielplatz zu machen, wie er aufgestellt werden soll, welche Grundlagen es braucht, damit dieser Kebabstand genauso funktioniert wie andere Kebabstände oder Würstelstände in unserer Stadt. Diese Diskussion können wir gerne gemeinsam führen. Was aber wirklich ungustiös ist und wie ich denke, die Stimmung in der Stadt nicht fördert, speziell die Stimmung gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern, und das sind immerhin 10 %, die in unserer Stadt leben, wo wir seit Jahren versuchen, sie zu integrieren, auch Maßnahmen treffen, sie zu integrieren und es uns einfach ein Anliegen ist, dass sie in unserer Stadt integriert werden und dann eine Debatte vom Zaun gerissen wird, die wir uns in dieser Art, glaube ich, ersparen können und die auch in Zeiten wie diesen, nichts verloren hat. Wir haben am 1. Mai, Gott sei Dank, die Erweiterung der EU gefeiert, wir versuchen in unseren Schulen, in den Kindergärten, auch in allen weitergehenden Bildungseinrichtungen multikulturelles, globales Denken zu fördern und das ist auch mein Hauptanliegen mit diesem Antrag, dass die Stadt Steyr schon signalisiert, dass wir eigentlich nicht jene Ressentiments unterstützen, die hier in der Bevölkerung geschürt werden – und die sind eindeutig geschürt worden – wenn man speziell jenen Ausführungen der F-Fraktion folgt, wo es darum geht, dass sich die Stadt doch bemühen sollte, die Unterstützung eher inländischen Gaststätten zugedeihen zu lassen. Dahingehend richtet sich auch unser Antrag und ich weiß ehrlich gesagt nicht, wer die Zuständigkeit hat. Mag sein, dass sie beim Stadtsenat liegt, mag sein, dass wir im Gemeinderat formal gar nicht darüber entscheiden dürfen. Das ist für mich auch gar nicht so die Frage. Für mich ist das große Anliegen, und da spreche ich auch für meine Fraktion und bedanke mich auch bei jenen, die uns unterstützt haben, diesen Antrag hier und heute einzubringen, mir geht es darum, dass wir eine Möglichkeit und ein Gremium finden, wo wir diese Angelegenheit diskutieren und zu einer Lösung geführt wird, aber nicht mit einer Kampagne, wo ich schon verstehe, dass es vielleicht für den einen oder anderen nicht einfach ist, wenn dann Meinungen geschürt werden. Auch wie es scheinbar war, dass dann in Sektionen der SPÖ Diskussionen geführt werden, das mag alles nicht einfach sein, dann diese Bedenken zu zerstreuen, wenn schon einmal das Feuer am Dach ist, aber ich bitte sie, dass wir doch ein Zeichen setzen und speziell auch an einem Tag, wo ein bedeutender österreichischer Schriftsteller, der nicht zufällig aus Steyr kommt, nämlich der Erich Hackl, heute den österreichischen Staatspreis überreicht bekommen hat. Diesen Staatspreis, wie es auch heißt, gegen Intoleranz in Denken und Handeln bekommen hat. Was würde Erich Hackl zu den Argumenten sagen, die die F-Fraktion in den letzten Wochen geschürt hat und gegen diesen Kebabstand eingebracht hat. Er würde sich für Steyr schämen, ich schäme mich auch für diese Diskussion, glaube aber auch, dass die Mehrheit in diesem Gemeinderat und die Mehrheit jener, die

gewählt worden sind, die Stadt Steyr auch nach außen zu vertreten, ganz anderer Meinung sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Sie erlauben mir, dass ich mich vorerst direkt an den Initiator dieses Dringlichkeitsantrages wende. Herr Kupfer, ich kann ihnen eines versichern – und das am Beginn meiner Wortmeldung – dass ich mich nicht auf die Stufe stellen werde, auf die niedrige Stufe, die sie bereits gepachtet haben, im Zusammenhang ihrer Aussendung an alle Gemeindemandatare und auch über die Presse. Und zwar deswegen nicht, weil ich mich nicht der Lächerlichkeit preisgeben möchte. Aber ich möchte ihnen schon einen Tipp geben, Herr Kollege Kupfer, vielleicht könnten sie bei der Aufzählung der Speisen, die sie hier genannt haben, das noch ergänzen, mit serbischer Bohnensuppe, Moor im Hemd, Schwedenbomben und dgl. mehr; das sei nur ein Tipp am Rande. Aber was mich wirklich sehr erstaunt hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Tatsache, dass der Herr Kollege Kupfer die Arbeit des Paraplü so gering einschätzt, wo er doch sehr intensiv mitarbeitet und deswegen so gering einschätzt, dass er – er schreibt es sehr deutlich – die jahrelange Arbeit infrage gestellt sieht, wenn ein Kebabstand auf der Ennsleite nicht genehmigt wird. Das ist schon mehr als erstaunlich. Aber es gibt da ja eine Vorgeschichte dazu, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die ich ihnen nicht vorenthalten möchte. Es werden sich sicherlich noch einige daran erinnern können, denn es ist noch nicht so lange her, nämlich vergangenes Jahr, dass man sich hier, in diesem Hause, zu Recht wie ich meine, Gedanken darüber gemacht hat, wie man die zunehmende Aufstellung von Kebabständen im Stadtgebiet verhindern könnte und es wurden auch den politischen Verantwortungsträgern Fotos vorgelegt – und alle wissen, von was ich jetzt spreche – mit dem Anliegen versehen, dass sich die Entscheidungsträger doch tatsächlich einer Entscheidung zuwenden mögen, ob man das tatsächlich in Steyr will. Das ist der eine Punkt und ein weiteres Beispiel möchte ich ihnen ebenfalls nicht vorenthalten. Etwa im Frühjahr dieses Jahres hat ein Betreiber einer kleinen Gaststätte im Bereich der Haltestelle Kreuzung Wagnerstraße – Punzerstraße sein Unternehmen aus Pensionsgründen aufgegeben und er hat einen Nachfolger bekommen, durch einen Mietvertrag von der WAG, der dort einen Kebabstand errichtet hat und zwar in der Form, dass sich dieser Gaststättenbetrieb – um einmal bei dieser Bezeichnung zu bleiben – nicht nur innen abspielt, sondern eine Öffnung nach außen geschaffen wurde. Das heißt, dass Speisen und Getränke im direkten Bereich der Haltestelle abgegeben werden. Das ist der eine Teil und der andere Teil ist die erstaunliche Tatsache, dass auf der Rückwand dann ein Loch herausgebrochen wurde und dort die Abgase in Richtung Wohnhaus Sebekstraße abgeleitet wurden. Das grenzt unmittelbar an, dort hinten befinden sich Wäschespinnen und auch Grünanlagen. Das Erstaunliche ist ja das, dass erst dann, als sich nämlich diese Mieter über die Geruchsbelästigung beschwert haben, sich herausgestellt hat, dass die örtliche Bezirksverwaltung, die ja dafür zuständig ist, nicht in Kenntnis war, dass dort ein Kebabstand errichtet wurde, der dort schon seit einigen Wochen in Betrieb gestanden ist. Es hat keine Betriebsanlagengenehmigung für diesen Betrieb gegeben. Das ist dann soweit gegangen, nachdem man nicht genau gewusst hat, welche Auflagen man dem Betreiber dort erteilen sollte, dass sich sogar der Mieterschutzverband dann eingesetzt hat und in der Person, ich glaube, sehr viele von ihnen kennen ihn noch, den ehemaligen SPÖ-Gemeindemandatar Bachner, dann ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Stephan Keiler

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Entschuldigung, von der Mietervereinigung, danke für den Hinweis, dass es sich da um einen Unterschied handelt; aber Spaß beiseite, das mag durchaus so sein, Herr Kollege Keiler, jedenfalls hat sich der Herr Kollege Bachner in seiner Eigenschaft für die Mieter eingesetzt und das hat dann nach Monaten dazu geführt, dass diese Ableitung der Abgase dann über das Dach hinweg in eine andere Richtung geleitet wurde. Da, Herr Kollege Kupfer, sind sie aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass hier im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes gehandelt wird. Denn Herr Kollege Kupfer, eines muss ich ihnen schon sagen, ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Vielleicht darf ich ausreden. Eines muss ich ihnen schon sagen, dass genau aus diesem Grund, es

gibt da ja einige andere Gegenbeispiele dafür, die nenne ich ihnen auch; in unmittelbarer Nähe gibt es einen Gastbetrieb, der sehr lange dort besteht, dem wurde die Auflage erteilt, dass er Vorsorge zu treffen hat, dass die Fenster nicht mehr geöffnet werden können. Da sind aber die Wohnungen etwas weiter entfernt. Es sei jetzt dahingestellt, ob diese Maßnahme zu Recht oder zu Unrecht erfolgt, das möchte ich nicht beurteilen, aber genau das ist ja der Grund, warum sich die Betreiber von Gaststätten in einem ungleichen Wettbewerb befinden. Die müssen alle Auflagen erfüllen, von sanitären Einrichtungen angefangen, bis hin zu Abgasführungen und dgl. mehr. Da Herr Kupfer, haben sie ein breites Betätigungsfeld, sich dafür einzusetzen, dass nach dem Gleichheitsgrundsatz gehandelt wird. Das war der Grund, warum wir das angesprochen haben, was die heimischen Gaststätten betrifft. Eines ist ja wirklich sehr erstaunlich, Herr Kupfer, ich danke ihnen dafür, dass sie uns für so stark einschätzen, dass wir als 3-Mann-Fraktion nicht mehr im Stadtsenaten vertreten sind, aber doch in der Lage sind, den Stadtsenat so massiv durch Zuruf zu beeinflussen, dass er keinen positiven Beschluss fasst. Ich kann ihnen schon eines sagen, das ist in Wahrheit ganz anders und der Herr Oppl hat das auch sehr deutlich klargestellt, dass es da offensichtlich doch Besprechungen im Kreis der Ennsleite gegeben hat, wo eben die Bürger Bedenken gehabt haben und die sich auch an uns gewandt haben. Es ist tatsächlich so, wenn die Mehrheitsfraktion die Entscheidung hätte treffen wollen, dann hätte sie das ohne Zuruf der FPÖ durchaus auch gemacht. Man braucht sich nur den Amtsbericht anschauen, da steht auch sinngemäß drinnen, dass nur dann dem Betreiber eine Verlängerung des Pachtvertrages zugebilligt wird, wenn es keine Anrainerbeschwerden gibt. Man hat da offensichtlich schon gewusst, dass es da Probleme gibt. Abschließend, Herr Kollege Apfelthaler, dann bin ich schon fertig, dann brauchen sie mir nicht mehr länger zuhören, möchte ich schon auch eines sagen, dass es bei der Nähe zum Kinderspielplatz schon von großer Bedeutung ist, was dort steht. Wir haben uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, für nichts zu schämen und wir brauchen uns auch nicht zu entschuldigen. Herr Kupfer, das ist ja die übliche Masche, dass sie dann gleich mit Ausländerfeindlichkeit kommen. Wenn sie mir das unterstellen, dann kann ich gut damit leben, ich fürchte mich nicht davor. Aber auf eines bin ich stolz, dass ich inländerfreundlich bin, Herr Kollege Kupfer und wenn sie davon reden, heute, hier vor diesem hohen Gemeinderat, dass man sich die Diskussion ersparen hätte können, da gebe ich ihnen vollkommen Recht. Die Diskussion haben nämlich sie in eine Richtung angeheizt und sie sind dafür verantwortlich. Wenn sie von schämen sprechen, Herr Kollege Kupfer, dann ist das eine Unterstellung und weit hergeholt, da könnte man sich über andere Dinge schämen, die aus ihrem Bereich kommen. Ich greife sie nicht persönlich an, Herr Kupfer, aber denken sie darüber nach, dann wissen sie, was ich meine. Wir werden selbstverständlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung nicht geben. Wir haben daher auch im Bezug auf die Feststellung der Dringlichkeit bereits eine ablehnende Stimmhaltung ausgeübt. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätzter Gemeinderat, liebe Gäste. Irgendwie habe ich jetzt nach diesen zwei Wortmeldungen das Gefühl bekommen, dass ich auf der falschen Veranstaltung bin. Das ist ein klassisches Beispiel, wie mache ich ein Thema, was eigentlich gar kein Thema ist und auch gar keines sein darf. Irgendwie ist das wie die stille Post gelaufen, irgendwer hat irgendetwas gehört und hat es weiter gegeben und über die Medien dann natürlich sehr wirksam verbreitet. Anscheinend war irgendjemand der Meinung, die Sommerpause in den Medien gehört beendet, wir brauchen jetzt wieder einen gescheiten Reißer und was tut sich da besser anbieten, als z. B. Ausländerfeindlichkeit. Warum es hier wirklich geht, ich nehme bewusst nicht den Ausdruck für die Bezeichnung dieses Standes in den Mund, weil der vollkommen nebensächlich ist, ob das jetzt Fastfood, ein Würstelstand, oder in dem Fall ein Kebabstand, oder sonst irgendein Stand ist, das spielt überhaupt keine Rolle. Da geht es um eine grundsätzliche Geschichte. Wir geben sehr viel Geld aus, und ich finde, dass das richtig ist und dass man das noch unterstützen sollte, dass unsere Jugend und unsere Kinder sich körperlich betätigen, dass sie Sport betreiben, dass sie sinnvolle Betätigung in ihrer Freizeit machen. Dafür schaffen wir, von der Stadt, Spielplätze. Das selbe Programm lauft in den Schulen, auch hier versuchen wir Einfluss auf die Jugendlichen zu machen, sich vernünftig zu betätigen und auch zu ernähren. Ich habe mich gerade erinnert, mein Sohn geht, wie den Herrn Kupfer seiner, in die Promenadenschule und da ist die gesunde Schuljause auch etwas sehr Wichtiges. Man versucht also wirklich, erzieherisch tätig zu sein.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sie können sich gleich wieder zu Wort melden. Welche Erziehung ist das, wenn ich direkt neben einem öffentlichen Spielplatz einen Versorgungsstand für Fastfood hinstelle, weil das ist auch Fastfood. Wir haben gerade heute die gesunde Jause hier vorgeführt bekommen, wie es die Schulen eigentlich versuchen zu propagieren. Es geht also darum, wir wollen nicht, dass unsere Kinder in unmittelbarer Nähe von diesen Spielplätzen in Versuchung geführt werden. Zweitens, das da oben ist ein Marktplatz, für mich hat eine fixe Vermietung auf einem Marktplatz überhaupt nichts zu suchen. Der dritte Grund, warum ich das ablehne, ist das Ortsbild. Wir haben massive Probleme in unserem Stadtgebiet mit dieser Verhüttelung, und ich sage es ganz deutsch, mit dieser Verschandelung von unserem Stadtgebiet. Wir haben leider keine Möglichkeit, wenn das auf Privatgrund ist, wir haben aber eine Möglichkeit, wenn es unseren eigenen Grund, und damit meine ich öffentlichen Grund, oder Grund der Stadtgemeinde Steyr, betrifft. Hier haben wir selbstverständlich die Möglichkeit, dass wir sagen, nein, wir wollen das nicht. Ich mache da keinen Unterschied, ob das ein Würstelstand ist, oder irgendein anderes „Standl“. Schaut rauf in Richtung City-Point, vor der ehemaligen Hack-Villa, und schaut euch das „Standl“ an, was das da oben ist. Ich bin der zuständige Referent für dieses Ortsbild und ich kann euch nur alle ersuchen, seid doch restriktiv und erlaubt nicht alles unter dem Hinblick Liberalisierung und ein jeder soll machen was er will. Einschränkungen müssen schon sein und noch dazu bei unserem eigenen Grund und Boden. Ich lasse mir mit Sicherheit nicht aufs Auge drücken, dass das ausländerfeindlich oder irgendetwas ist, auch die Richtung hin – Ausländer – ist vollkommen unangebracht. Abschließend, habt auch ein bisschen Vertrauen zum Stadtsenat, die wissen auch, was sie zu entscheiden und zu beschließen haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Als zuständiger Referent erlaube ich mir, da auch ein paar Bemerkungen zu machen; zu den Vorbereitungen und zur Überlegung und was auch dann die Gründe waren, dass wir im Stadtsenat keine Entscheidung getroffen haben, und dass wir im Stadtsenat diesen Antrag zurückgestellt haben. Ich glaube, dass die Gelegenheit ganz gut ist, dass man darüber auch diskutieren kann. Grundsätzlich muss ich sagen, Steyr geht es wunderbar, in Steyr gibt es keine Sorgen, wenn wir im Gemeinderat um ein Kebabstandl diskutieren, oder Zeitungen dazu benützen. Für die Zeitungen ja nicht schlecht, das ist ja fast eine halbe Seite gewesen, aber dass wir uns da hinstellen, dass wir uns die Zeit nehmen, uns fotografieren zu lassen, ist natürlich auch verständlich, weil es nichts kostet, wenn man sich so fotografieren lassen kann, dann kommt man auch in die Zeitung.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Ins Amtsblatt kommen wir nicht, da bist nur du drinnen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Er war schon drinnen, der Roman und der Herr Dr. Pfeil war auch drinnen, dass sie jetzt nicht mehr drinnen sind, da kann ich auch nichts dafür. Das hat schon seine Gründe, dass ihr jetzt nicht mehr im Amtsblatt seid, aber irgendwo werdet ihr schon wieder einmal dabeistehen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben in der Liegenschaft ein schriftliches Ansuchen für einen Kebabstand auf der Ennsleite bekommen. Es ist von der Fachabteilung her geprüft worden, ob dort der Grund vorhanden ist, ob es irgendwelche Probleme gibt, ob es irgendwelche Gründe gibt, dieses Kebabstandl - deren es im Stadtgebiet ja mehrere gibt – abzulehnen. Nach fachlicher, sachlicher Prüfung ist die Fachabteilung zu dem Vorschlag gekommen, für dieses Kebabstandl einen Mietvertrag vorzubereiten und dem Stadtsenat vorzulegen. In einer Form - man kann das jetzt ein bisschen herunterspielen, aber da hat man sich schon etwas dabei gedacht – wo man auch darauf hinweist, dass das sachlich und fachlich in Ordnung ist. Wir wollen ja auch nicht, das war auch die Überlegung dabei, dass da so kleine Nebengasthäuser errichtet werden, wo dann Tische und Bänke stehen, so wie das in verschiedenen Straßenzügen der Fall ist. Also wir haben, bzw. unsere Abteilung hat da einen Vertrag vorbereitet, wo man das alles weitgehendst einschränkt, auch in einer Form, dass wenn es irgendwelche Probleme gibt, die ja nie vorhersehbar sind, aber dann dürften wir ja überhaupt nichts mehr tun, dass wir auch jederzeit die Möglichkeit haben, das wieder zurück zu ziehen; also dass wir dem die Chance geben, er soll es einmal probieren, schauen wir es uns an, wenn es ein Problem gibt, dann ziehen wir das kurzfristig zurück,

jederzeit widerrufbar, maximal für ein Jahr. Wenn es funktioniert, dann gibt es aber eigentlich keinen Grund, das zu verhindern. Eines muss man auch dabei sehen, wenn solche „Standl“ mehr werden, dann ist ein Bedarf da, der Markt regelt das und nicht die öffentliche Hand soll das regeln, was wer zum Essen hat und was nicht, das ist nicht unbedingt im Aufgabenbereich der Gemeinde. Also, was wer neben dem Spielplatz, oder am Markt essen darf, das würde ich mir nicht anmaßen. Ich kann eine persönliche Meinung dazu haben, ob es aus gesundheitspolitischen Dingen gescheit ist, über das kann man philosophieren und diskutieren, aber in unseren Entscheidungen sagen, wir wollen das steuern, dass keiner am Stadtplatz mehr Würstel isst – der Herr Doktor wird sich dann zu Wort melden, der wird vielleicht sagen wie gesund die Würstel sind, oder nicht – da gehen wir einen Schritt, der meines Erachtens nach, für uns nicht zulässig ist und für den wir auch nicht zuständig sein können. Wieso das so entstanden ist, das wissen wir ja. Wir sind halt da auch sehr demokratisch, es bekommt jeder Gemeinderat auch die Stadtsenatsunterlagen und ein paar Stunden später, wie die Stadtsenatsunterlagen verteilt worden sind, wo das drauf gestanden ist, hat man gelesen, da soll ein Kebabstandl errichtet werden.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Wer sagt das, dass das so gewesen ist?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich sage dir, dass es so war, weil vorher hat es ja keiner gewusst. Von der zeitlichen Schiene her, war das genau, wie die Unterlagen in den Stadtsenat gekommen sind, da seid ihr in der Zeitung gewesen. Ist eh egal, aber nicht weil es irgendwo Anrainerbeschwerden gegeben hat, weil die Anrainer haben es gar nicht gewusst. Wenn es Anrainerbeschwerden gibt, dann werden wir das schon sehr sorgfältig prüfen, aber in dem Fall haben sie es nicht gewusst. Ihr seid da in die Zeitung gegangen und habt das aufgrund der Stadtsenatsunterlagen publik gemacht und habt da ein bisschen eine Show daraus gemacht.
Zu einem anderen Ding noch; was die Luftbelästigung und dgl. betrifft, für das ist nicht die Liegenschaft zuständig, was für Auflagen für so einen Kebabstand notwendig sind, da gibt es die gewerberechtliche Genehmigung dazu. Die sind da zuständig, die haben die Auflagen zu machen, wie die Absaugung und dgl. notwendig ist und wie es vorgeschrieben wird, für das ist nicht die Liegenschaft zuständig, das steht uns auch nicht zu und wir sind dazu auch nicht autorisiert. Also, insgesamt muss ich ehrlich sagen, tut mir diese Diskussion Leid, weil wenn wir uns so bewegen, dann werden wir überhaupt nichts mehr machen können, weil einmal ist es das Kebabstandl, einmal das Würstelstandl, einmal irgendein anderer Verkaufsladen und dem einen passt der Marktwagen nicht, dem anderen passt das nicht. Also, wir haben zu prüfen, wieweit da wirklich massive Beeinträchtigungen sind, wer betroffen ist und sonst muss man sagen, weniger Staat, lieber Gunter Mayrhofer, mehr Privat, das ist eure Fahne, mit der ihr jeden Tag marschiert und jeden Tag in der Früh aufsteht und am Abend schmeißt ihr sie wieder weg, weil dann soll es doch wieder mehr Staat sein und weniger Privat. Für mich ist das nicht recht nachvollziehbar. Ganz zum Schluss, damit die Spannung ein wenig herauskommt; wir können das heute sowieso nicht beschließen, der Gemeinderat ist nicht zuständig, in dieser Form mit Dringlichkeitsantrag, weil das ist in der Zuständigkeit des Stadtsenates und im Stadtsenat wird es auch noch Gelegenheit geben, die Debatte zu führen und dort auch die Entscheidung zu treffen. Das ist der formelle Vorgang, den wir auch einzuhalten haben. Also, man braucht da heute keine Empfehlung abgeben, ob dafür oder dagegen zu stimmen, sondern wir werden das sachlich prüfen und werden dann im Stadtsenat die Entscheidung treffen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Auch ich habe diesen Dringlichkeitsantrag unterstützt, vor allem, weil ich davon ausgehe, dass es eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit ist, dass es die Möglichkeit gibt, einen dringlichen Antrag überhaupt einzubringen, wie man dann in der Abstimmung entscheidet, ist ohnedies eine andere Sache. Aber es ist mir wirklich ein Anliegen, mich zu diesem Antrag zu Wort zu melden, nämlich vom Thema her. Ich finde diese Debatte generell – vor allem die Art und Weise, wie sie geführt worden ist, in Richtung Kebabstand ist gleich Ausländer und so ein bisschen in Richtung Ausländerfeindlichkeit – völlig absurd, vor allem vor dem Hintergrund – das war eigentlich die erste Zeitungsmeldung, die ich gelesen habe, wie ich aus Indien zurückgekommen bin und wann ich sehe, wie dort die Leute verhungern, die Leute sie irgendwo auf der Straße das Essen aus dem Müll heraussuchen, dann finde ich es völlig absurd, wie man da über einen Kebabstand diskutiert und dass man keine anderen

Sorgen hat. Das war das, was ich aus der Zeitung so mitgenommen habe. Wenn sie, Herr StR Mayrhofer, diese Argumente bringen, die sie jetzt hier gebracht haben, dann denke ich mir, sind die im Großen und Ganzen schlüssig. Es ist sicherlich schlüssig zu sagen, bei einem Kinderspielplatz wünsche ich mir jetzt keinen Kebabstand, aber auch keinen Würstelstand, weil ich glaube, von der Gesundheitsdebatte her, ist das Eine wie das Andere. Irgendwo war zu lesen, dass Alkohol auch ein Thema ist, ich glaub, bei jedem Würstelstand gibt es auch Bier, also von daher das gegeneinander auszuspielen, finde ich genauso absurd. Wenn man sagt, die zwei Euro pro Monat pro m² sind eigentlich etwas, was nicht wirklich eine Miete sein kann, dann kann ich das auch nachvollziehen. Aber das, was ich in der Presse zu dem Thema gelesen habe, da muss ich sagen, da schäme ich mich fast ein bisschen, hier herinnen ein Gemeinderat zu sein, weil man damit wirklich die Leute aufhetzt und im Endeffekt war es, glaube ich, nichts anderes, als da auch wieder Stimmung gegen Ausländer zu machen und dagegen würde ich mich wirklich verwehren. Natürlich ist das ein schönes Thema, man kann damit die Leute wunderbar aufhetzen, man kann Ängste schüren und man stellt eine Bevölkerungsgruppe gleich wieder in ein Eck hinein. Eines wäre mir in diesem Gemeinderat sehr lieb, wenn jene Personen, die gewisse Haltungen haben, diese auch hier heraußen genauso artikulieren würden und nicht immer dann mit irgendwelchen möglichen Argumenten kommen, sondern wirklich klar sagen, was Sache ist, wie sie manche Dinge sehen. Eines muss ich sagen, eine Wortmeldung hat mich heute wirklich sehr schockiert – sagen wir es so, man muss ja immer sehr aufpassen; was würden sie als Gemeinderat davon halten, wenn es hier in diesem Gemeinderatssaal eine Wortmeldung gäbe, die in die Richtung ginge, na ja, das ist eh braun, das ist eh unsere Farbe. Also ich fühle mich dann hier herinnen nicht besonders wohl, wenn es so eine Wortmeldung innerhalb der Bänke gegeben hätte. Angenommen, es wäre hier Schokolade verteilt worden und jemand nimmt diese Schokolade und sagt dann, na ja das ist eh braun, das ist eh unsere Farbe, also würde so eine Meldung fallen, dann würde ich mich hier herinnen, als Gemeinderat, nicht mehr besonders wohl fühlen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Schodermayr bitte.

GEMEINDERAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Sehr geehrte Bürgermeister, geschätzte Mitglieder des Stadtsenates und des Gemeinderates. Wenn ich mir sehr viel habe vorstellen können, aber dass ich mich zu einer Kebabdebatte zu Wort melde, das habe ich mir vor meiner Tätigkeit hier herinnen nicht vorstellen können. Ich möchte mich auch gleich von Beginn weg für total befangen erklären, ich esse das Zeug nämlich unendlich gerne, also werde ich jetzt nicht massiv dagegen wettern. Ohne mich jetzt selber loben zu wollen, ich habe das Diplom für Ernährungsmedizin, also ich darf zu der gesundheitlichen Seite des Kebabs etwas sagen und mag so ein Döner-Kebab einmal zerlegen, weil es totes Fleisch ist, sage ich obduzieren.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Wir haben außen herum ein Fladenbrot. Türkisches Fladenbrot zeichnet sich – im Gegensatz zu den meisten österreichischen Weißbroten – dadurch aus, dass es eine Unmenge von Sesam darauf hat. Sesam ist bekanntermaßen gesund, fördert den Stuhlgang, da kann man nicht wirklich etwas dagegen haben. Das nächste, was da drinnen ist – und die guten „Kebabstandler“ machen das auch, sie tun einen ganzen Haufen rohen Salat hinein. Jeder von uns weiß, dass Salat gesund ist, das ist auch nichts Neues, es sind ein Haufen Vitamine drinnen, ein Haufen Ballaststoffe, das ist das, wo man am nächsten Tag dann schöne Häuferl macht. Als nächstes kommt – und das ist meiner Meinung nach der einzige Nachteil an dem Kebab – eine relativ große Menge Fleisch hinein. Nur, diese türkischen Kebabstände haben meistens Puten- und Hühnerfleisch, in den seltensten Fällen das wirklich deutlich ungesündere Schweinefleisch. Das ist dann gegrillt und meistens ohne Fett und kommt sehr stark erhitzt in das Brot, also es sind auch keine Keime drinnen. Darüber kommt noch ein Haufen Zwiebel. Die Wirkung von Zwiebel, glaube ich, brauche ich jetzt nicht mehr erklären, hat ebenfalls ein Haufen Vitamine, regt den Gallenfluss an, regt die Magensäureproduktion an, hat ein Haufen unverwertbare Kohlenhydrate in sich, das dazu führt, dass die Kohlenhydrate in den Dickdarm gelangen und im Dickdarm von den Darmbakterien vergoren werden und das Produkt dieser Gärung, ist dann das, was ich in der Zeitung gelesen habe, wahrscheinlich die Geruchsbelästigung.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Oben drüber kommt dann noch ziemlich ein Schöpfer Joghurtsoße, gegen die man auch nicht wirklich

etwas haben kann. Laktobazillen sind ebenfalls gut für den Darm, Petersilie und Schnittlauch ist bekanntermaßen auch gesund. Der einzige Nachteil dieser Schnittlauchsoße ist der, dass man sich üblicherweise damit anpatzt. Soweit zum Gesundheitswert von einem Döner-Kebab und jetzt mag ich nicht gegen die österreichischen „Würstelstandl“ reden, weil die sind mir genauso lieb; der Kollege Gabath und ich tun zum Martinimarkt immer gemeinsam Würstel braten, also wir verteilen auch diese Dinge gemeinsam, aber die sind vom Gesundheitswert deutlich darunter. Soweit zur Gesundheitsgefährdung. Dass meine Kinder hoffentlich auch etwas anderes essen, als ein Kebab, das ist schon klar, aber wenn man schon das Gesundheitsthema anreißt, dann muss man auch ehrlich sein und sagen, dass das so ungesund nicht ist. Was ich dann in der Zeitung weiter gelesen habe, ist die Jugendgefährdung durch „Kebabstandl“ und zwar, weil dort Alkohol ausgeschenkt wird. Ich kenne inzwischen viele Alkoholiker, aber ich kenne keinen Alkoholiker, der durch lauwarmes Dosenbier zum Alkoholiker wurde, es wirkt nämlich eher abschreckend.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Das heißt, das Dosenbier ist nicht wirklich ein Einstieg zum Alkoholismus. Da möchte ich schon auch, um das nicht nur so salopp zu formulieren, in Richtung Wirtschaft etwas sagen. Wir wissen, wo die Jugendgefährdung beim Alkoholgenuss liegt, und der Einstieg zum Alkoholgenuss ist erstens das Vorbild unsererseits, nämlich der Erwachsenen, wie wir mit dem Thema Alkohol und dem Alkohol selber umgehen, weil die sehen das und machen das nach. Das zweite, was jetzt sehr massiv kommt, und das ist jetzt mein Wink in Richtung Wirtschaft, es werden diese sogenannten Alkopops inzwischen in einer Unmenge erzeugt und angeboten und die sind, meiner Meinung nach, ein grobes Verbrechen. Das möchte ich einfach auch ansprechen, wenn wir schon beim Thema sind. Alkopops, wer es nicht kennt, das sind Getränke, in denen harter Alkohol, also hochprozentiger Alkohol, so lange mit süßen Säften niedergedämpft wird, dass man den Alkohol nicht mehr schmeckt. Weil keinem Jugendlichen schmeckt Alkohol sofort; denken sie an ihren ersten Alkohol, den sie getrunken haben, bis ihnen Alkohol geschmeckt hat, haben sie viel trinken müssen. Das erste Bier hat ihnen nicht geschmeckt, der erste Schnaps hat ihnen überhaupt nicht geschmeckt. Jugendliche werden in zunehmenden Maße dazu verführt Alkohol zu trinken, in dem man ihnen hochprozentigen Alkohol schmackhaft macht, so dass man ihn nicht mehr heraus schmeckt. Sie bekommen einen Rausch davon und es hat auch noch gut geschmeckt. Soweit zur Jugendgefährdung. Ob ein Kebabstand neben einem Kinderspielplatz gut ist oder nicht, meiner Meinung nach ist das egal, ob er neben einem Kinderspielplatz oder wo anders ist, wenn einer einen Kebab möchte, holt er es sich auch von wo anders. Ein bisschen muss ich das Nichtösterreicherthema schon auch streifen, weil es mich ein bisschen ärgert, dass man gerade auch Nichtösterreichern das Leben manchmal zumindest nicht leichter macht, oder vielleicht auch ein bisschen schwerer macht als Österreichern. Man wirft ihnen, speziell von bestimmten Kreisen, immer wieder vor, sie lehnen sich an unser Sozialsystem an, sie hängen sich in unsere soziale Hängematte hinein usw. und dann gibt es Leute, die die Initiative ergreifen, die ein „Standl“ aufmachen, die Kebab oder sonst irgendetwas verkaufen wollen und dann möchte man ihnen das Leben möglichst schwer machen, indem man die Platzmieten hoch macht, oder sonst irgendwelche Auflagen erteilt. Das finde ich im Sinne einer Integration, die ja gestern vom Herrn Vizekanzler Gorbach im Mittagjournal so beschworen wurde, immer der Slogan, Integration vor Zuwanderung, also lassen wir zumindest den Versuch einer Integration zu. Eine kurze Bemerkung noch zum Verkehr, Lärm und Geruch. Herr Eichhübl, sie wissen, ich schätze sie sehr, aber wenn sie mir das, was aus einem Kebabstand herauskommt, als Abgas bezeichnen, dann muss ich ihnen widersprechen. Die grillen das Zeug nicht mit einem Dieselaggregat, sondern das ist üblicherweise ein Elektrogrill, also das was da hinten herauskommt, sind Küchendämpfe.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich glaube, ich habe Abpuff gesagt.

GEMEINDERAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Nein, sie haben Abgase gesagt, weil ich es mir extra aufgeschrieben habe, weil es mir gefallen hat. Das heißt, da gibt es eine Gewerbeordnung, die das regelt und die sollte man das auch regeln lassen. Insgesamt kann ich mich dem Vorschlag des Herrn Vzbgm. Bremm sehr anschließen, es einfach einmal passieren zu lassen, zu schauen, wie es läuft, zu schauen, wie es von den Leuten angenommen wird und die Ängste der Leute sehr wohl ernst nehmen und auch auf sie zugehen, aber sie nicht zu schüren. Wenn es nicht funktioniert, läuft sich das von selber tot, oder es wird eh vonseiten der Behörde zugesperrt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Selbstverständlich ist es zulässig, im höchsten Gremium, im direkt gewählten Gremium der Bürger, nämlich dem Gemeinderat, über Themen zu diskutieren, wenn sie ein Thema sind. Offensichtlich ist es jetzt ein Thema geworden. Wir haben eigentlich nur Ängste und Sorgen der unmittelbar betroffenen Bevölkerung versucht ernst zu nehmen und sonst nichts. Was der Herr Kupfer immer in diese Dinge hineininterpretiert, das ist schon sagenhaft. Er hat das ja in der Vergangenheit schon öfter gemacht, meistens ist er letzten Endes damit eh auf die Schnauze gefallen, aber er probiert es offensichtlich immer wieder. Denn um was geht es hier wirklich? Wir sind der Meinung, dass diese Dinge in Steyr nicht wie die Schwammerl aus dem Boden schießen sollten und das ist ja nichts Unanständiges, das ist ja nichts Verbotenes, das ist, glaube ich, eine legitime und legale Sache, darüber zu diskutieren. Der Kollege Mayrhofer hat es mir ja vorweg genommen, er hat ja Gott sei Dank das Beispiel bei der Hack-Villa angeschnitten. Ich habe da ja schon ein paar Mal im Bauausschuss urgiert. Eine Katastrophe, passt dort überhaupt nicht hin. Dann hat es geheißen, es steht auf Privatgrund. Na bitte, es gibt aber auch Betriebsstättengenehmigungen usw., irgendwer in der Stadt muss auch dazu seinen Sanctus gegeben haben. Auf der anderen Seite werden die Leute im Altstadtbereich oft mit Kleinigkeiten sekkiert, von der zuständigen Altstadt- und Denkmalabteilung und dort stellt man neben so einer Villa ein derartiges „Standl“ hin, an der Einfahrt zur Stadt, schaut katastrophal aus. Hoffentlich ist das jetzt auch ausländerfeindlich, wenn wir über so etwas diskutieren. Auf der Ennsleite, und ich bin überzeugt, dass wir Recht haben, in dieser Gegend, in dieser Umgebung, direkt vor den Wohnhäusern der Schillerstraße, ist das kein geeigneter Standplatz für einen Kebabstand, der einfach anders riecht, der vielleicht im Vergleich zur Würstelbude stinkt und im Vergleich zu einem Gasthaus, die natürlich dementsprechende Auflagen haben. Nach dem Herrn Kollegen Schodermayr ist das ja auch alles so eine Geschichte, denen sollen wir das auch alles schenken, den Ausländern, und unsere haben die vollen Auflagen; macht ja nichts, das ist seine Art der Integration, auch eine bisschen eigenartige Auffassung, aber bitte sei es drum. Wir glauben, dass es dort nicht hinpasst und ich glaube auch, dass wir damit gut unterwegs sind. Wir werden es ja sehen, der Kollege Oppl wird es sich dann ja auf der Ennsleite wahrscheinlich anhören, was die Bürger zu dieser Idee sagen. Es ist eine Belästigung, was sich rundherum um Kebabs abspielt, ist auch teilweise bekannt. Der Kollege Oppl selber hat vor kurzem eine Kampagne gegen den Jugendalkoholismus geführt, wahrscheinlich ist es eh ein Kampf gegen Windmühlen, weil wenn man am Wochenende in der Stadt unterwegs ist und sich anschaut, wie die Jugendlichen aus den Gasthäusern die Flaschen auf den Stadtplatz herausschleppen und dort ihre Partys abhalten, der Vandalismus am Wochenende. Der Herr Kollege Bremm braucht nur den Herrn DI Kremsmayr einmal fragen, was sich dort am Stadtplatz so abspielt, das ist einfach ein Wahnsinn.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Den größten Saustall haben wir oben auf der Promenade, bei der Gärtnerei und dort haben wir weit und breit keinen Kebabstand.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Rund um Kebabs züchte ich mir das dann noch direkt, ohne irgendwelche Auflagen. Das spielt sich alles im Freien ab, es gibt keine Toiletteanlagen, die sanitären Verhältnisse sind katastrophal. In einem Lokal sind wenigstens Toiletteanlagen vorgeschrieben usw. Ich glaube nicht, dass wir solche Dinge ins uferlose gestatten sollen. Wir haben welche in Steyr, das ist okay, wir haben auch nie verlangt, dass wir in Steyr jetzt alle Kebabs verbieten sollen. Ich darf nur in Erinnerung rufen, manche haben das anscheinend auch ein bisschen vergessen. Wir haben am Pfarrberg ein Kebab, es hat jahrelange Diskussionen und Beanstandungen der Anrainer gegeben. Nicht, weil sie lauter Ausländerfeinde sind und sonst irgendwelche Dinge, die uns vom Herrn Kupfer unterstellt worden sind, sondern die haben auch berechtigte Beanstandungen gehabt, weil z. B. der Herr Dr. Zechmann am Pfarrberg kein Fenster mehr öffnen konnte. Das ist nämlich Tatsache und ich glaube, man sollte solche Sorgen und Ängste auch ernst nehmen und nicht irgendwelche Dinge hineindiskutieren, die an den Haaren herbeigezogen sind. Nur weil wir gesagt haben, bei 6000 Leuten auf der Ennsleite wäre ein gescheites Gasthaus eh nicht schlecht, weil außer ein paar Tankstellenbuffets und Pizzerien haben wir dort eh nichts Gescheites. Was ist daran ausländerfeindlich, das möchte ich einmal wissen, das möchte ich vom Herrn Kupfer gerne einmal hören. Ich weiß ja nicht, aber das ist ja ein Verfolgungswahn, was das anbetrifft. Das haben wir eh schon einmal da diskutiert und sind dann am Gericht eingefahren, so einen Blödsinn beim Fenster runter verzapfen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr StR Oppl bitte.

STADTRAT WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Als Ennsleitner verfolgt man die Debatte natürlich schon mit etwas anderen Gefühlen, als wie sie da jetzt generell und auch richtigerweise durchgeführt wird. Jeder hat, aus meiner Sicht gesehen, auch wirklich Recht, ob das jetzt der Herr Dr. Schodermayr ist, mit seinem hervorragenden Vortrag über die Zusammensetzung des Kebabs und wie gesund der ist, ebenfalls kann ich mich sehr wohl auch der Meinung der F-Fraktion anschließen, genauso wie auch der ÖVP, aber natürlich auch seitens der Grünen Fraktion. Es ist in der ganzen Debatte sehr viel über die „Standln“ diskutiert worden, aber der einzige, der es jetzt ganz kurz angeschnitten hat, das war der Kollege Payrleithner andeutungsweise – es leben dort ja auch Menschen. Es geht nicht um ein „Standl“, es geht nicht um Ausländerfeindlichkeit, sondern wir sind auch als Vertreter der Steyrer Bevölkerung gewählt. Wenn in der Debatte gesagt wird, die Bevölkerung ist da jetzt aufgrund der Meldung, die von den Freiheitlichen in der Zeitung gestanden ist, aufgehetzt, dann muss ich objektiverweise schon sagen, weil es auch schon gefallen ist, dass wir in unseren Sektionen schon vor der Zeigungsmeldung darüber diskutiert haben. Ich möchte euch eines auch nicht verheimlichen, denn interessant ist das schon auch; wir haben auf der Ennsleite 3 Sektionen, ein Vorsitzender bin ich, dann die Kollegin Großalber und der Kollege Schröder. Die zwei Sektionsgebiete, die von dem betroffen sind, das ist die Sektion von mir und die Sektion vom Schröder Rudi, da hat es sofort eine sachliche Debatte gegeben und da ist es überhaupt nicht um Ausländer gegangen. Da ist es einfach um die zusätzliche Belastung gegangen, von dem zu erwartenden zusätzlichen Verkehr, was dort logischerweise auftauchen wird usw. Bei der Sektion der Kollegin Großalber, das ist das Gebiet um den Steinbrecher-Ring, da war das überhaupt kein Thema, weil sie ja auch nicht betroffen waren. Genauso debattiert würde werden, ob das jetzt am Tabor ist oder sonst in einem anderen Stadtteil. Es geht wirklich auch um die dort lebenden Menschen und ich habe daher ersucht - schon im Vorfeld und bevor das in den Medien gestanden ist, nicht auf Zuruf seitens der F-Fraktion – den Kollegen Bremm ersucht, dass wir das im Stadtsenat noch einmal diskutieren und zurückstellen, damit wir noch einmal überlegen können, ob der Standort auch der richtige ist, oder ob es nicht eine andere Möglichkeit gibt. Bei dem Stand sind wir jetzt, aber ich persönlich bin schon auch der Auffassung, dass es nicht unbedingt gut ist, wenn das unmittelbar bei einem Kinderspielplatz ist. Es ist dort auch ein Fußballplatz, wo es bekannterweise auch einen sehr regen Betrieb gibt und der ist nicht immer von Kindern, sondern da spielen auch Erwachsene. Da geht es nicht um Saufgelage, sondern einfach auch um die zusätzliche Lärmbelästigung, die dort eben auch für die Anrainer vorhanden ist. Meine Kolleginnen und Kollegen auf der Ennsleite und auch ich fühlen uns schon auch verpflichtet, das zu artikulieren, das zu sagen und auch zu ersuchen, dass wir das noch einmal diskutieren, weil eben aus der Bevölkerung schon auch Bedenken laut geworden sind – wie gesagt, schon im Vorfeld und nicht erst aufgrund der Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das war die letzte Wortmeldung. Die Gesetzeslage ist ja klar, das ist eine Angelegenheit des Stadtsenates und wir müssen jetzt die Zuweisung an den Stadtsenat beschließen. Wer für diese Zuweisung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.
VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Brauchen wir ja gar nicht.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also dann die Zurückweisung an den Stadtsenat wegen Unzuständigkeit.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Zur Geschäftsordnung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Zur Geschäftsordnung gibt es eine Wortmeldung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kollegen. Soweit ich mich erinnern kann, ist der Gemeinderat das oberste Organ der Stadt Steyr. Da der Gemeinderat das oberste Organ der Stadt Steyr ist, denke ich mir, muss es sicherlich auch möglich sein, Entscheidungen, die normalerweise der Stadtsenat fällt, auch in die Zuständigkeit des Gemeinderates zu übertragen. Der Herr Magistratsdirektor ist zwar jetzt nicht da, aber der Herr Dr. Alphasamer ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Doch, der ist da.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber ich denke mir, da geht es um eine prinzipielle Geschichte. Wir sind das oberste Organ der Stadt Steyr und damit ist es sehr wohl möglich, in irgendeiner Art und Weise, ob das jetzt ein Antrag oder eine Resolution ist, Entscheidungen letztendlich in den Gemeinderat hereinzuziehen. Denke ich mir schon; ich würde sie bitten, Herr Magistratsdirektor, das juristisch zu erklären.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine juristische Erklärung dazu?

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:
Ja, die gibt es dazu.
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Stadtsenates und Gemeinderates. In unserem Statut ist eindeutig festgelegt, für welche Aufgaben der Magistrat zuständig ist, was in einem Stadtsenat beschlossen werden kann und muss und für was der Gemeinderat zuständig ist. Es können nicht einfach, durch irgendwelche Entscheidungen eines Gemeinderates, diese statutarischen Bestimmungen, dieses Landesgesetz geändert werden. Das heißt, es kann der Gemeinderat nicht einfach Kompetenzen, die einem Stadtsenat zukommen, an sich ziehen. Das kann er nicht. Was ein Gemeinderat kann, was in den Einflussbereich, in den Entscheidungsbereich eines anderen Organs fällt, ist das, dass er dann eine Resolution fasst, quasi eine Wunschvorstellung äußert, aber er kann nicht Kompetenzen, die einem anderen Organ zustehen, an sich ziehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, und was machen wir jetzt konkret?

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:
Jede Fraktion kann zur Geschäftsordnung eine Wortmeldung abgeben.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Herr Magistratsdirektor, bzw. der Herr Bürgermeister sind mir ein bisschen zuvor gekommen, mit dem Ende der Debatte. Ich habe eigentlich mit diesem Antrag bezweckt, dass wir hier und heute diskutieren und wie auch bei anderen Themen, finde ich es gut, wenn das in den Gremien diskutiert wird. Ich wollte schon bei meiner ersten Wortmeldung sagen, ich habe es Gott sei Dank nicht gesagt, dass ich diesen Antrag gerne zurückziehe. Da ich ja jetzt durch die Wortmeldungen weiß, dass diese Thematik weiter behandelt wird und da ich eigentlich auch gemerkt habe - und mich für die Stadt Steyr und den Gemeinderat sozusagen nicht mehr schämen muss - dass doch ein Großteil der Mitglieder dieses Gemeinderates einen sehr vernünftigen Weg eingeschlagen haben. Es ist in der Debatte sehr oft das Wort „heuchlerisch“ gefallen und ich möchte schon noch auf ein paar Punkte hinweisen. Ich bin dem Michael Schodermayr und dem Gerhard Bremm sehr dankbar für ihre Ausführungen, da sie sehr schön gezeigt haben, was so heuchlerisch an dieser Debatte ist und ich könnte das noch ein bisschen ergänzen. Der Kollege Mayrhofer hat die Schulen, z. B. auch die Promenadenschule erwähnt. Nur zu diesem Standort, in der Promenadenschule werden Leberkäse, Cola und Gummibärchen verkauft. Über das Gesundheitsargument könnte man da auch trefflich diskutieren.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Wir könnten über das City-Point diskutieren, das neben einer Schule liegt, wo die Kinder – und auch mein Kind – jeden Tag durchgehen, wo geraucht und alles mögliche verkauft wird. Sie haben das Thema „Verhüttelung“ in unserem Stadtbild angesprochen; wir könnten über den Lidl diskutieren, wir könnten über die Bebauung Reithoffer diskutieren, über fixe Einrichtungen der Stadt, die unser Stadtbild tatsächlich stören, aber nicht über temporäre Einrichtungen, die wir dann wieder weggeben können.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Diskutieren sie im Bauausschuss nicht mit? Sind sie da nicht da?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Natürlich. Aber nicht so scheinheilig diese Diskussion auf eine Debatte runterbrechen, dass das Kebabstandl beim City-Point vielleicht nicht hinpasst.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Die „Standldiskussion“ war auch Thema im Bauausschuss.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Nein, ich habe am Beginn meiner Wortmeldung gesagt, wir können über den Standort und wie das „Kebabstandl“ ausschaut gerne diskutieren. Ich kenne das Projekt dort oben nicht im Detail. Aber was ich nicht möchte, ist die Diskussion, die rundherum geführt wird, mit welchen heuchlerischen Argumenten es abgelehnt worden ist. Beim Thema Alkohol, könnte man das auch führen; der Kollege Bremm und der Kollege Schodermayr haben das Thema Vorbildwirkung eingebracht und welche Kampagnen wir zur Suchtprävention und Alkoholvermeidung machen und jetzt das beim Kebabstandl irgendwie zu argumentieren. Ich lebe am Grünmarkt und erlebe es mit meinen Mitbewohnern jedes Wochenende mit, was in der sogenannten Segabar und im Metternich vorgeht. Ich spreche auch hier diese beiden Einrichtungen ganz dezidiert an, wo wir uns alle einsetzen könnten, dass die da endlich wegkommen, weil die zerstören einerseits das Image vom Grünmarkt und reißen uns alle täglich aus dem Schlaf, und das sind keine Ausländer, das möchte ich auch dazusagen.
Ich ziehe den Antrag gerne zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung? Das ist nicht der Fall. Dann beschließen wir jetzt wegen Unzuständigkeit.

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ach so, ja, er hat ihn ja zurückgezogen, dann brauchen wir gar nichts machen.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aktuelle Stunde!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ach so, Entschuldigung, „Aktuelle Stunde“ bitte.
SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Sehr geehrter Gemeinderat. Wie wir in der Pause vernommen haben, ist heute eine Person unter uns, die heute zum letzten Mal bei einem Gemeinderat dabei ist. Wir möchten das nicht vorbeigehen lassen, um einfach das Wort zu ergreifen. Die meisten wissen es ja, wir reden vom Regierungsrat Toni Obrist, der heute seinen letzten Gemeinderat hier hat. Der Obrist Toni ist eine gewisse Institution, nicht nur in Steyr, sondern vor allem auch hier im Magistrat gewesen. Bei aller unterschiedlichen politischen Auffassungen, war er aber für uns immer ein Partner, der Handschlagsqualität gehabt hat, auf die man sich verlassen hat können und auch der Humor ist bei ihm nie zu kurz gekommen. Nachdem so ein Schritt in ein neues Zeitalter, in die Pension auch immer ein Punkt einer Neuorientierung ist, haben wir dir etwas mitgebracht, was dir bei dieser Neuorientierung helfen soll, das aber auch den Humor nicht zu kurz kommen lassen soll. Es ist etwas, was wir auch aus unserer Kinderzeit kennen, ein sogenannter Sterngucker. Er soll dir helfen, dass du dich neu orientierst, dabei aber den Humor nicht verlierst. Ich wünsche dir alles Gute im Namen der Fraktion.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

FPÖ?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Darf ich?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja.

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich bin ja höflich. Ich frage ja nur. Früher bin ich ja so selbstverständlich hier heraus gegangen, aber jetzt, wo wir nur mehr eine 3-Mann-Fraktion sind, muss ich schon fragen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Eigenes Thema zur aktuellen Stunde?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Nein, zu dem hier.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Dann müssten wir von vorne anfangen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Du Toni, ich werde dir deine Glückwünsche bei der offiziellen Verabschiedung im Namen der Freiheitlichen Fraktion überreichen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es zu der Verabschiedung vom Toni noch eine weitere Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich möchte das auch nur für unsere Fraktion so einschränken. Der Toni wird sich noch eine einstündige Rede von mir anhören müssen. Wir werden noch die Gelegenheit haben, ihn auch offiziell zu verabschieden und möchte es auch dabei belassen. Er geht ja noch nicht ganz in den Ruhestand, sondern er geht jetzt dann einmal in den Urlaub.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Dann kommt er wieder.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Es wird noch die Gelegenheit sein, ihm auch in diesem Kreise die Dankesworte seitens meiner Fraktion zu übermitteln.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Werter Gemeinderat. Bei uns kommt es auch ein wenig „gach“, weil die Kupfertafel im Münichholz ist noch nicht fertig. Wir werden bei der Enthüllung dann noch extra deiner gedenken.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Für mich kommt das auch ein wenig überraschend. Ich habe nur gewusst, Herr Obrist, dass sie uns demnächst verlassen. Aber es ist eh relativ klar, was es von unserer Seite her geben wird, etwas in flüssiger Form ...

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Willst du etwas sagen?

OAR ANTON OBRIST:
Ich möchte mich kurz für ihre anerkennenden Worte bedanken und wünsche dem hohen Gemeinderat weiterhin viel Erfolg bei der Tätigkeit für die Steyrer Bürger.
Meinem Nachfolger alles Gute, es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut.

Gelächter

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aktuelle Stunde ist immer noch.
FPÖ – gibt es eine Wortmeldung zur aktuellen Stunde?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Nein.
BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Michaela auch keine. Damit ist die Sitzung geschlossen. Wir haben heute in Summe € 1.024.250,-- ausgegeben.
Toni, wir werden uns selbstverständlich auch noch entsprechend verabschieden.

ENDE DER SITZUNG: 17.00 UHR

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist
Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
GR Karl Baumgartner
GR DI Christian Altmann